

49. Jahrgang

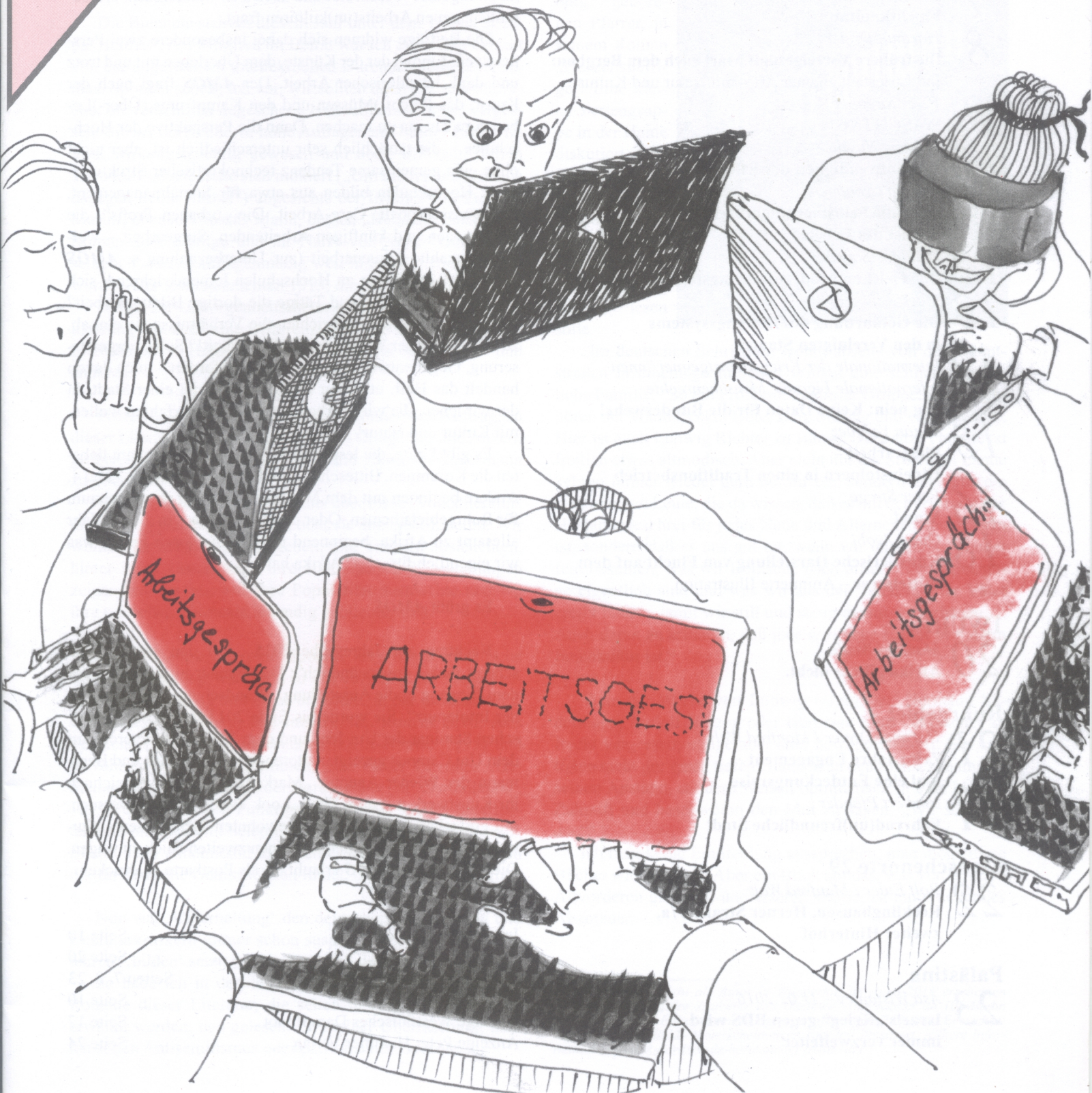
1-2016

€ 4,50

ALLES ARBEIT !!

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Heimat, Deine Sterne
 Ein anderer Blick auf die „triviale“ Heimatliteratur
- 4** *Wolfgang Belitz*
Die Plutokratie fördern nicht fordern

SCHWERPUNKT: **Alles Arbeit II**

- 5** *Harry W. Jabolonowski*
**Demontagen im Ruhrgebiet –
 Arbeitskultur im Sinkflug?**
- 7** *Robert Bosshard*
Fluchtkapital
- 8** *Hartmut Dreier*
Die frühere Vorzeigestadt Marl nach dem Bergbau:
 Industriestadt eigener Art – mit Natur und Kultur
- 9** *Peter Strege*
WASCHTAG!
- 11** *Lennart Nuschke*
Die Notwendigkeit der Effizienz
- 11** *Robina Cronauer*
**Über die Selbstverpflichtung zum
 „Ernst des Lebens“**
- 12** *Matthias Schnath*
Der Geist im Modernisierungstrichter
- 13** *Mark S. Burrows*
**Die Gefährdung des Bildungssystems
 in den Vereinigten Staaten**
- 14** *Internationale der Kriegsdienstgegner/innen*
Internationale Liga für Menschenrechte
Sag nein: Keine Daten für die Bundeswehr!
- 15** *Julian Vazquez*
**Pflegearbeit –
 Hineinstolpern in einen Traditionsbetrieb**
- 16** *Peter Strege*
Muss!
- 18** *Omar Ayobi*
**Künstlerische Darstellung von Flucht auf dem
 Mittelmeer – Animierte Illustration**

1WURF

- 20** *Manfred Weule*
Afrika gibt es nicht.

Ruhrgebiet

- 21** *Hartmut Dreier / Manfred Walz*
**Zehn Jahre Engagement
 und eine Entdeckungsreise**
- 21** *Norbert Pfänder*
Fahrrad(un)freundliche Stadt

Menschenorte 29

- 22** *Rolf Euler / Manfred Walz*
**Recklinghausen, Herner Straße 47a,
 zweiter Hinterhof**

Palästina

- 23** *Asa Wistanley – 11.02.2016*
**Israels „Krieg“ gegen BDS wird
 immer verzweifelter**

Editorial

Ein Heft über Arbeit im Ruhrgebiet muss die Industrieregion zum Thema machen. Das haben wir mit Heft 4|2015 getan. Aber dieses alte Revier schmilzt weg, außer – natürlich und zum Glück noch – Stahl und Chemie. Vergleicht man, dieser Logik folgend, die Beschäftigungsanteile im produzierenden Gewerbe, dann liegt das Ruhrgebiet heute nicht mehr an Emscher und Lippe, sondern im Münsterland. Dieser zweite *AMOS* zu „Alles Arbeit“ knüpft also an den letzten an, in dem wir versucht haben, der „alten“ Industrie und ihren Menschen alle Ehre – insbesondere die Ehre der Kritik – zu erweisen. Er knüpft an, indem er zunächst die „Demontagen im Ruhrgebiet“ beschreibt und nach sich wandelnden, erodierenden, neuen Arbeits(un)kulturen fragt.

Die Beiträge widmen sich dabei insbesondere zwei Perspektiven: Einmal der der Künste, dem Überleben mit und trotz und dank künstlerischer Arbeit. Der *AMOS* fragt nach der Kunst, das (Nicht-)Müssen und den Kampf ums (Über-)Leben zum Thema zu machen. Dann die Perspektive der Hochschulen – die tatsächlich sehr unterschiedlich ist, aber nicht ohne eine gemeinsame Tendenz technokratischer Strukturierung. Hochschulen bilden aus etwa für Sozialmanagement, Pflegewissenschaft, Care-Arbeit. Die „urbanen Profis“, die alten, neuen und künftigen Arbeitenden. Sorgearbeit – weiter unbezahlte Frauenarbeit (zur Unterbezahlung s. *AMOS* 4|2015)? Wie erleben an Hochschulen lernend, lehrend, sich und die Welt erforschend Tätige die dortige Bildungsarbeit? Wie richten sie sich, wie richten die Verhältnisse sie ein, ab, zu? Wo bleibt der Widerstand? Alles Arbeit!? Selbstvergewisserung, Gegenentwürfe, Anpacken ist gefordert – auch davon handelt das Heft, etwa zur Zukunftsarbeit an einer Stadt, in der wir leben, die wir bearbeiten und die wir erfahren wollen, mit Kultur und Natur!

Es gibt Leute, die lesen im *AMOS* zunächst und am liebsten die Kolumnen. Bitteschön, wieder gleich auf Seite 3 und 4. Andere beginnen mit dem Menschenort. Oder dem Freiraum für Ruhrgebietsthemen. Oder den Einwüfen – in diesem Jahr allesamt zu Afrika, beginnend mit der maßlosen Frage, was wir eigentlich für „das“ Afrika halten.

Es grüßt *AMOS*

Nachtrag zur Jahresgabe 2015 „Auf den ersten Blick scheint vieles unverständlich“: Das Banner hing in Jena vor dem Eingang in die Ausstellung „Brandschutz – Mentalitäten der Intoleranz“. Sie wurde bis Ende 2013 vom Kunsthistorischen Seminar der Uni Jena und dem Jenaer Kunstverein auf dem Uni Campus gezeigt. Autoren waren Merliceck und Bergmann der Wiener Agentur „Markenfaktor“. Sie bezeichnen ihr Kunstwerk mit dem Titel „Look Twice“ als den Versuch, mit einfachen Mitteln unsere gewohnten Sichtweisen aufzubrechen, infrage zu stellen und einen zweiten Blick zu wagen. Die Agentur hat *AMOS* erlaubt, es als Postkarte zu drucken.

Impressum ...	Seite 10
Abo-Bestellschein ...	Seite 20
Literatur / Lesetipps / Links ...	Seiten 7, 8, 23
Anzeige CBG ...	Seite 10
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 17
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Heimat, deine Sterne

Ein anderer Blick auf die ‚triviale‘ Heimatliteratur

Seit einigen Jahren findet alle zwei Jahre in Wuppertal ein Literaturfest statt, die ‚Biennale‘. Der Boden ist für Literatur gut vorbereitet: Der Schriftstellerverband (VS) hat in den vergangenen zwanzig Jahren eine großartige Dynamik entwickelt, mit Lesungen in Schulen und Altenheimen, Workshops für den Nachwuchs; Stadtteil-Aktivitäten wie ‚Der Berg liest‘ erfreuen sich eines breiten Zuspruchs.

Die Biennale steht in diesem Jahr unter dem Thema „Utopie Heimat“. Als Mitglied im Beirat war ich ein wenig irritiert von der angestrebten intellektuellen Durchdringung des Themas. Spontan schlug ich vor, wir sollten doch die volkstümliche, oft verächtlich angesehene Heimatliteratur nicht vergessen. Sie sei durch enorm hohe Auflagen auf breiter Ebene im Volk wirkungsmächtig gewesen und noch wirksam! Schon Theodor Fontane hatte sich mokiert („Um mich kümmert sich dagegen keine Katze!“) angesichts der Erfolge von Eugenie Marlitt, ebenso Thomas Mann, dessen „Buddenbrocks“ vom Roman „Die Heilige und ihr Narr“ von Agnes Günther zu seinem Verdruss auflagenmäßig weit in den Schatten gestellt wurde. (Der Roman erschien 1913, die 143. Auflage 2011!).

Neben der Geborgenheitsrhetorik als Folge der Industrialisierung galt auch eine Differenzierung zur Blut-und-Boden-Literatur wie in Hans Grimms Roman „Volk ohne Raum“ und anderen.

Professor Andreas Meier und ich erhielten den Auftrag, zu dieser Literatur einen Abend zwischen Ganghofer und Anzengruber, zwischen Courths-Mahler und Hermann Sudermann zu gestalten.

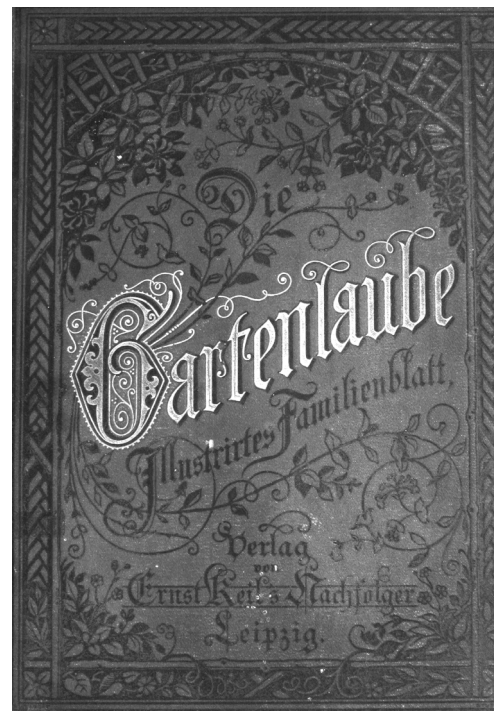
Wir waren uns sofort einig, uns über diese ‚Volksliteratur‘ nicht lustig machen zu wollen oder sie abzuqualifizieren. Wir wollten ihr auf den Grund gehen, ihre Themen ausleuchten, hinter ihren Geschichten ihre Haltungen und Gesinnungen zeigen und fragen, was ihre Popularität ausmachte und wo ihre typischen Elemente lebendig geblieben sind.

Die Romantik war eine Epoche, aber das Romantische als Geisteshaltung war noch in der Jugend- und Studentenbewegung lebendig und ist es bis heute: in der modernen Literatur (Th. Willmann, Das finstere Tal. Roman 2010; Jens Sparschuh, Zimmerspringbrunnen. DDR-Roman 1995) und in zahlreichen TV-Programmen. Das dieser Literatur ‚Gemeinsame‘ hat Ernst Keil, der Herausgeber der ‚Gartenlaube‘, 1853 treffend auf den Punkt gebracht: „Wir wollen unterhalten und unterhaltend belehren, mit einem Hauch von Poesie, es soll auch anheimelnd in unserer Gartenlaube zugehen, in der Ihr deutsche Gemütlichkeit findet, die zu Herzen spricht.“

Nun war ‚Unterhaltung‘ den deutschen Germanisten und Literaturkritikern immer schon suspekt! Wenn man statt ‚belehren‘ ‚bilden‘ setzt, ist der Anspruch durchaus erträglich.

So habe ich in den letzten Monaten die erfolgreichsten Romane dieser Literatur, die selten in Literaturgeschichten erwähnt werden, neu gelesen. Zu meiner Überraschung fand ich selten Antisemitismus oder patriotisches Gedröhne.

Eine erhellende Passage fand ich bei Dietrich Speckmann, einem 1872 in Hermannsburg geborenen Pfarrer, in seinem Roman „Herzensheilige“. Eine kleine Feriengruppe in der Heide diskutiert darüber, ob man gemeinsam die Lebenserinnerungen des deutschen Malers Ludwig Richter lesen solle.



„Im deutschen Schrifttum wohnt abseits von den Hauptstraßen in einem gemütlichen Winkel eine schlichte, stille, liebe Familie.“ So ein Professor zu dieser Gruppe. „Zu ihr gehören der Wandsbecker Bote, Jung Stilling und viele mehr. ... Hier ist auch Ludwig Richter zu Hause. Die ganze Familie ist freilich etwas altmodisch. Aber nicht nur die Stillen im Lande kehren immer wieder gern bei ihr ein, sondern auch alle die besinnlichen Leute, die da wissen, daß es mit dem Hurra- oder Hosiannageschrei für jedes Neue und Allerneuste nicht getan ist, sondern daß es uns gut tut, wenn wir uns immer wieder fein besinnen, was wir Deutsche nach unserer inneren Anlage eigentlich sind und was wir aus den Taten unserer Väter ererbt haben, damit wir still und stetig darauf weiterbauen. ... Auch daran zu erinnern, daß jede wirkliche Kultur vor allem Innenkultur ist.“

Viele der Werke von Ludwig Ganghofer, Hermann Sudermann, Rudolf Herzog oder Hermann Löns sind sicher zu Recht vergessen; einige aber sind bewundernswert. Sie vertreten nicht nur einen tiefen Glauben an den Menschen und an seinen Anstand, sondern weisen optimistisch in eine bessere Zukunft und beschwören den Mut zu sagen: „Wir schaffen das!“

Ich mag keine Empfehlung aussprechen, man möge diese Bücher wieder lesen! Aber ein Blick auf das, was von unseren Altvorderen geträumt und ersehnt wurde, ist ein erhellendes Abenteuer.

Hermann Schulz lebt als Autor in Wuppertal. Im April 2016 erscheinen „Lady Happy und der Zauberer von Ukerewe“ (für Kinder ab 10. Aladin Verlag) und „Die Fahrkarte nach Ägypten“ (für Jugendliche und Erwachsene, dtv/hanser). Beide Neuerscheinungen sind toll illustriert. Nähere Informationen beim Autor (schulz-hermann@t-online.de)

Wolfgang Belitz

Die Plutokratie fördern nicht fordern

In unregelmäßiger Regelmäßigkeit geht eine kurze Meldung durch die Medienwelt, erregt einen Augenblick Aufmerksamkeit und verschwindet dann wieder spurlos. Die NGO Oxfam veröffentlichte auch diesen Januar wieder einen Bericht über die dramatische Verschärfung der weltweiten Ungleichheit der Vermögen: Den 62 reichsten Menschen der Erde gehört ein Vermögen, das zusammen so groß ist wie das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung (3,7 Mrd. Menschen).

Unter den 62 reichsten Menschen befinden sich auch einige Deutsche, z.B.: Georg Schäffler mit Muttis Schäfflerkugellagergruppe als derzeit reichster Deutscher (24,1 Mrd. Euro), die ALDI-Erben Nord (Theo 17 Mrd. Euro) und Süd (Beate und Karl 19,1 Mrd. Euro) sowie die BMW-Quant-Geschwister Susanne und Stefan mit Mutti Johannes Anteil (41,4 Mrd. Euro). Das reicht erst einmal.

Zeitgleich vermeldete eine unbedeutende Tageszeitung die neueste Zahl zum innerdeutschen Verteilungskandal auf der Grundlage der letzten EVS von 2013. Danach verfügen 10 Prozent der Haushalte über 51,9 Prozent des inzwischen auf 5.200 Mrd. Euro angewachsenen Nettovermögens. Im Jahre 1998 waren es noch 45,1 Prozent. 50 Prozent der Haushalte verfügen über 99 Prozent allen Nettogeldvermögens. Das ergibt die berühmte 99:1 Relation oder anders gesagt. Die eine Hälfte der Bevölkerung besitzt, wiederum sehr ungleich verteilt, das gesamte Vermögen, die andere Hälfte der Bevölkerung ist besitzlos oder hat nur Schulden. Ein weltweiter und nationaler Skandal ohnegleichen, der keine Regierung in diesem Lande je interessiert hat.

Ich habe an dieser Stelle seit 1998 in zahllosen Kolumnen die Reichtumsfrage wieder und wieder thematisiert und bis heute eine lückenlose Chronologie der Geschichte der Reichtumstabusierung vorgelegt. Im Jahre 1997 veröffentlichten die Kirchen ihr inzwischen völlig vergessenes gemeinsames Sozialwort, in dem zum ersten Male die Reichtumsfrage mit deutlichen Worten enttabuisiert wurde:

„Verlässliche Daten über die Vermögensverteilung und -entwicklung in Deutschland liegen in ausreichendem Umfang nicht vor. ... Es bedarf deshalb nicht nur eines regelmäßigen Armutsberichts, sondern darüber hinaus auch eines regelmäßigen Reichtumsberichts. ... Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. ... Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben.“

Die Armut in unserem Lande hat sich rasant vermehrt: „Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den gesellschaftlichen Reichtum so einzusetzen, dass sie beseitigt werden kann.“

Tatsächlich haben seither alle Regierungen Reichtumsberichte anfertigen lassen (2001, 2005, 2008, 2013). Ein sinnloses Unterfangen, denn alle Reichtumsberichte waren lediglich Armutsberichte, weil verlässliche Daten über Reichtum nicht vorliegen. Politisches Handeln ist ausgeblieben.

Inzwischen haben sich die Ungleichheitsverhältnisse fortlaufend so verschärft, dass es keine Institution und keine Publikation gibt, die nicht Alarm schlägt. Die Weltbank: „So können wir nicht weitermachen!“ Oxfam: „Das Ausmaß der globalen Ungleichheit ist einfach erschütternd.“ Die OECD: Die eklatanten Lohn- und Vermögensunterschiede seien „gemeingefährlich“. „Der Kampf gegen Ungleichheit muss ins Zentrum der politischen Debatte rücken.“ Wichtige und dringliche Maßnahmen werden von allen Seiten vorgeschlagen. Der aktuell weitgehendste Reformkatalog stammt von Kapitalismusanalytiker und -kritiker Thomas Piketty:

1. Eine Vermögenssteuer, die bei einem Vermögen von 200.000 Euro mit einem Prozent jährlich beginnt, bei mehr als einer Million Euro auf zwei Prozent steigt und bei Milliardenvermögen auch bis zu 10 Prozent steigen kann.

2. Eine Einkommenssteuer von bis zu 80 Prozent für Spitzenverdiener. Zum besseren Verständnis verweist er darauf, dass der höchste Steuersatz in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nie unter 70 Prozent gelegen hat.

Es besteht nicht die geringste Aussicht, dass es in absehbarer Zeit zur Verringerung der Ungleichheit überhaupt eine Maßnahme gibt, die die Reichen betrifft. Die deutsche Plutokratelitelite arbeitet unsichtbar, geräuschlos und sehr effektiv. Mittels eines gewaltigen Netzwerks von Lobbyisten, Banken und Politikern verfügt sie über ein Herrschafts- und Kontrollsystem neben und über dem parlamentarischen System. Mit anderen Worten: Sie macht die ihr passenden Gesetze selbst (Peter Meisenberg). Ein schönes Beispiel war unlängst im SPIEGEL zu lesen:

Der Plutokrat Curt Engelhorn (Farma Boehringer, heute mit nur 6,2 Mrd. auf Platz 17 der Forbes Liste) hat vor einiger Zeit den beiden jüngsten Töchtern Geschenke gemacht: viel Geld, Villa auf den Bermudas, eine halbe Karibikinsel, ein Gestüt in Oberbayern, eine Villa am Starnberger See. Aber offensichtlich wurde keine Schenkungssteuer gezahlt, weil Plutokraten ihre Gesetze selbst machen. Nach schwierigen Ermittlungen wurde eine Steuerschuld von 440 Mio. bekannt. Danach soll es unlängst einen streng geheimen Deal gegeben haben über eine Zahlung von nur 145 Mio. So funktioniert die Plutokratie als Randgruppe an der Spitze, die nicht kontrollierbar geschweige denn integrierbar ist. Das ist schwerstes Integrationsproblem, dessen Lösung vieles leichter machen würde. Wer daran rührt, wird mit dem sinnlosen Unwort des Jahrzehnts gesteinigt: Sozialneid. Das ist der Sinn seiner Erfindung.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna

Harry W. Jablonowski

Demontagen im Ruhrgebiet – Arbeitskultur im Sinkflug?

Nicht nur in süddeutschen Ländern wird des Öfteren noch der Eindruck vermittelt, als würden hier im Ruhrgebiet „Briketts vom Himmel regnen“ (so der Slogan einer Anti-Vorurteilkampagne des damaligen Kommunalverband Ruhrgebiet in den siebziger Jahren). Dagegen ist die Tatsache beachtenswert, dass das waldreiche und für Erholung, Freizeit und Urlaub bekannte Sauerland einen weit höheren Anteil an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe aufweist als die ehemals montanindustriell dominierte Region an Rhein, Ruhr, Emscher und Lippe heute. Das trifft insbesondere für die großen Hellwegstädte Dortmund, Bochum und Essen zu, wo in dem genannten Bereich weniger als 15% tätig sind, gegenüber beispielsweise mehr als 40% im sauerländischen Kreis Olpe und im Märkischen Kreis.⁽¹⁾

Dieser Vergleich gilt jedoch tendenziell für die gesamte Rhein-Ruhr-Region. Denn von den hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten schon vor einem halben Jahrzehnt zwei Drittel in Dienstleistungsbereichen; heute sind es nahezu drei Viertel aller Erwerbstätigen.⁽²⁾ Bemerkenswert ist wiederum die weit überdurchschnittliche Produktivitätssteigerung im produzierenden Gewerbe des Reviers.⁽³⁾

Das Beschäftigungsniveau sank innerhalb von 30 Jahren (1980 – 2009) insgesamt um 14,1%, während es im sonstigen NRW um 9,4% anstieg. Es lag bei den Männern im Jahre 2009 um 29% niedriger als 1980; das der Frauen stieg dagegen um 16,6% (übriges NRW: Männer minus 2,6%, Frauen plus 30,5%).

„Fudeln“ – das hieß damals, die Stempelkarte passend für später mit Schablone stempeln und eine Stunde früher raus aus der Grube – nur nicht erwischen lassen !

Vor allem waren es die Männer in Fertigungsberufen, die von dem dramatischen Beschäftigungsabbau im Ruhrgebiet betroffen waren. Ihre Zahl hatte sich in der Zeit zwischen 1980 und 2009 nahezu halbiert (45,6% gegenüber 26% im übrigen NRW). Zu Beginn dieses Zeitraums übte noch knapp die Hälfte (49,3%) aller berufstätigen Männer einen Fertigungsberuf aus; bei den Frauen waren es 13,7%. In 2009 ergab sich folgendes Bild: 37,7% aller Männer und 6,3% aller Frauen waren in Fertigungsberufen tätig. Die Jobverluste im Fertigungsbereich gingen zu 88% auf die Kappe der männlichen Beschäftigten.⁽⁴⁾

Die massiven sozialen Folgen des strukturellen Umbruchs können einige weitere Zahlen aufzeigen: Im Ruhrbergbau waren – über und unter Tage – im Jahre 1957 noch ca. 494.000 Personen beschäftigt. Vor einem halben Jahrzehnt waren weniger als ein Prozent aller Beschäftigten in der Region als Bergleute tätig (früher waren es einmal rund ein Viertel). So dürften nach Schließung der Zeche Auguste Viktoria in Marl im Dezember 2015 nun im letzten produzierenden Bergwerk der Region, Zeche Prosper Haniel in Bottrop, nur noch gut 4.000 Bergleute übrig bleiben. Bis im Jahre 2018, politisch verordnet, dann ganz Schluss sein wird mit dem Pütt im „Kohlengraberland“ (Heinrich Kämpchen)!

Bis auf weiteres gibt es hier jedoch noch eine bedeutsa-

me Eisen- und Stahlindustrie, wenngleich sie über die Zeit ebenfalls stark geschrumpft ist. 1957 arbeiteten in diesem Bereich fast 334.000 Personen in der Region; um die Jahrtausendwende waren es gerade knapp 54.000. Diese Großindustrie ist unterdessen weitgehend im Duisburger Raum konzentriert, wo in den 1960er Jahren gut 70.000 Berufstätige, sodann 1990 gut 40.000 Arbeit und Brot fanden. Heute sind es noch rund 18.000 Personen.⁽⁵⁾ Das Produktionsvolumen an Roheisen und -stahl blieb hingegen seit 1990 nahezu stabil (die Roheisenerzeugung der BRD stammt 2014 zu rund 50% vom Rhein).⁽⁶⁾

Der weitaus größere Teil des ehemaligen Montanreviers an Ruhr und Emscher ist von produzierenden Hochofenwerken und Stahlhütten längst frei geräumt worden. Wie zukunftsweisend, dass wenigstens einige davon als Industriedenkmäler gesichert wurden und erhalten bleiben. Und demontierte Hochöfen, Stahlwerke und die hochmoderne Kokerei nebst deren Patente, die sich zuvor in Dortmund befanden, befeuern in China nun schon seit rund zwei Jahrzehnten das dortige enorme Wirtschaftswachstum.

Die aufgeführten Daten sollen andeuten, mit welcher Wucht der montanindustrielle Strukturwandel diese Region über Jahrzehnte zur Ader gelassen und umgekrempelt hat, auf der Basis einer schnell voran schreitenden technologischen Entwicklung. Dieser Wandel fand zudem in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten unter dem zunehmenden Einfluss der allgemeinen Globalisierung der Wirtschaft statt.

Gut so, dass auf den Zechen bald ganz Schluss sein wird und in den meis-

ten Hütten die Feuer erloschen sind, mag so mancher sagen. Bedeutete die Arbeit bei Kohle und Stahl doch harte Maloche und ständige Gefahr und Gesundheitsgefährdung. Eine solche Aussage ist oftmals auch gemünzt auf die engagierte regionale Industriekultur- und Geschichtsszene, die sich hier seit Jahrzehnten etabliert hat. Zugespielt in dem Vorwurf, diese würde die Härte der Tätigkeiten in der Montanindustrie verklären oder gar heroisieren. Solche Anwürfe treffen ins Leere – zumal sie nicht selten mit einer ideologischen Schönfärberei der gegenwärtigen IT dominierten Arbeitswelten einhergeht; Arbeitsbedingungen, die vorgeblich mehr Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Gestaltungsfreiheit etc. brächten. Darauf wird später noch zurückzukommen sein.

Zunächst ist festzuhalten, dass mit den Arbeitsplätzen in den Altindustrien auch eine teils hart errungene Sozialkultur der Arbeitswelt schrumpft. Das sind soziale Errungenschaften,

- die sich in einer ausgeprägten Mentalität der Gemeinsamkeit, in einem hohen Grad der Gewerkschaftszugehörigkeit und einer gelebten Solidarität in Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik zeigten;
- die die weitestgehende institutionalisierte Sozialpartnerschaft in Betrieben und Konzernen im Rahmen der paritätischen Montan-Mitbestimmung (1951) etablierte;
- die sich in einem mehr als nur die Existenz sichernden

Lohnniveau, in Tarifbindung und -einheit für große Teile der Menschen im Revier niederschlugen u.a.m.

Diese erkämpften Erfolge waren und sind Grundlage des langen sozialen Friedens und Elemente der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland.

Die Arbeit brachte den Menschen zum einen das notwendige Einkommen zum Leben über Generationen hinweg (sinnbildlich steht dafür die Bezeichnung des Kruppianers, Hoeschianers etc.). Zum andern war und ist die dort geleistete Tätigkeit als eine jeweils in der Zeit gesellschaftlich notwendige Arbeit zu verstehen. Das schließt gleichsam die Verpflichtung der Verantwortlichen ein, die Arbeitsbedingungen so menschengerecht wie möglich zu gestalten. Alles zusammengesetzt liegt es auf der Hand, dass mit den vielen Betriebsschließungen im Montanbereich nicht nur tausende von Arbeitsplätzen in der Region verloren gingen und weiterhin gehen werden. Doch darf dies keine Rechtfertigung dafür

„Butterbohle“ und „Klötzchen“ – wichtigste Holzgegenstände unter Tage

sein, die Arbeitsverhältnisse nachträglich zu romantisieren. Wer wollte die Härten und Gefahren, Belastungen und Beanspruchungen der beruflichen Tätigkeiten in dieser traditionellen Arbeitswelt verharmlosen?

Es gab viele Gründe dafür, wieso das regierungsamtliche Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zahlreiche Projekte zur Gesundheits- und Umweltprophylaxe, zur Ergonomie und Arbeitsorganisation u.a.m. gerade in diesen Branchen vorgesehen hatte. Sie wurden durchgeführt unter starker Beteiligung von Belegschaftsvertretern und Gewerkschaften. Die in der Montanindustrie vorherrschende Nacht- und Schichtarbeit, ihre gesundheitlichen und sozialen Belastungen und die Lebensbedingungen der Betroffenen waren dabei zentrale Forschungsthemen.

Und außerdem ist es doch so, dass wir in gewisser Weise diese unbestritten harte Arbeit in andere Länder exportiert haben, wie beispielsweise nach China, um sie in Form von entsprechenden Produkten bei uns wieder zu importieren – allein des günstigeren Preises wegen. Die besten Beispiele für einen solchen Transfer liefern die demontierten Anlagen von Hoesch bzw. Thyssen-Krupp in Dortmund.

Und wie steht es heute um das Thema der Nacht- und Schichtarbeit? Dieses mittlerweile fast selbstverständliche Arbeitszeitregime wird gegenwärtig nicht einmal ernsthaft öffentlich diskutiert! Und scheinbar mutet die Forderung nach geregelten Arbeitszeiten schon fast hausbacken an, als seien dies Themen von gestern.

Eine tendenzielle Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt und in der Arbeitswelt hat unterdessen platzgegriffen, nicht unwesentlich befördert von der Agenda 2010. Einerseits mag mancher Berufstätige durch den Einsatz neuer Technik und veränderte Arbeitsorganisation, durch moderne Arbeitsprofile, höhere Freiheitsgrade bei der Gestaltung seiner Arbeit etc. mehr Chancen zur Selbstverwirklichung verspüren, durch Autonomiegewinne und mehr Eigenverantwortung. Doch bringen die Vorteile ihm andererseits oftmals neue harte Belastungen infolge von Vereinzelung und Isolierung bei der Arbeit, Verdichtung der Arbeit und Zeitdruck, und wegen einer Entgrenzung der Arbeitszeit und des Wahnsinns, ständig erreichbar sein zu sollen und/oder zu wollen, etwa über E-Mail.

Erfreulicherweise wirkt das Mindestlohngesetz weiteren Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Doch lässt sich dies augenscheinlich nur mit einem hohen Kontrollaufwand durch den Zoll realisieren. Und die prekären Beschäftigungsverhältnisse machen wegen der großen Ausweitung des Niedriglohnssektors und der marginalen Beschäftigung, der oftmals erzwungenen Teilzeittätigkeit, der befristeten Arbeitsverträge selbst für Hoch-Qualifizierte usw. einen verachtenswert großen Umfang aller Arbeitsverträge aus. Gesundheitliche Belastungen folgen denn auch auf dem Fuße.

Jedenfalls registrieren Krankenkassen wieder steigende Krankenzahlen und längere Ausfallzeiten, infolge psychischer und physischer Erkrankungen (z. B. am Skelett und Gehörapparat). Das bewog sogar einige dazu, die Idee von Teilzeit-Krankschreibungen in die politische Diskussion einzubringen, um Kosten einzudämmen. Und das alles in Zeiten einer relativ stabilen wirtschaftlichen Lage.

Und was soll nun die Industriekultur bezwecken? Der grundlegende Gedanke ist: Geschichte gibt der

Gegenwart ihr Gesicht; zumindest hat sie ihr wesentliche Konturen und Strukturen verliehen. Insofern führt eine mentale Geschichtslosigkeit, die verdrängt und verleugnet, zur Gesichtslosigkeit; ob wir damit Menschen, Regionen oder Gesellschaften meinen. Sie bleiben fahl, kenntnisarm und uninteressant. Somit kommt einer lebendigen Erinnerungskultur die Aufgabe zu, Zusammenhänge, die das Jetzt begründen, aufzuzeigen, jenseits von Mythos und gegen Ignoranz. Es kann also nicht sein, dass in dem Maße, wie die „alte“ Arbeit zurückgeht und ihre Musealisierung begonnen hat, ihre Romantisierung oder ihre Verbrämung einsetzt (siehe dazu die Beiträge von Rolf Euler in *AMOS* 4|2015).

Kulturpolitisch sollte verstärkt ins Bewusstsein rücken, dass die industriekulturellen Zeugnisse und Landschaften zum nationalen Erbe der Republik gehören. Sie eröffnen darüber hinaus „eine international einzigartige Möglichkeit, den Bedeutungszusammenhang von industrieller Entwicklung und kultureller Gestaltung dauerhaft zu dokumentieren und zu erhalten“.⁽⁷⁾ Nicht ohne Grund bot die Region an Rhein und Ruhr nach 1945 die wesentliche Basis für die Bemühungen um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS 1951), den Vorläufer der heutigen Europäischen Union. Diese Zeitzeugenschaft ist ein wertvolles Gut. Eine aktive Erinnerungskultur hat nicht zuletzt das Besondere der damaligen Arbeit in den dominanten Wirtschaftszweigen sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der ehemals dort tätigen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

(1) Anna Schirbaum, Statistische Analysen u. Studien NRW, Bd. 80 (2012), IT.NRW, S. 8/9

(2) Petra Lessing, (m)etropoleruhr, Analyse der Beschäftigungsdaten, RVR, Team 3-1, o. J., S. 1

(3) Sören Görner, IT.NRW, Der Weg von Kohle und Stahl zu Dienstleistungen, Statistik kompakt 2/ 11, S. 3 u. 4

(4) Lessing, a.a.O., S. 1

(5) IHK Duisburg, Der Niederrhein in Zahlen 2015, S. 35

(6) IHK Duisburg, a.a.O., S. 36

(7) Stefan Berger u. a., Erinnerung, Bewegung, Identität: Industriekultur als Welterbe im 21. Jahrhundert, in: Forum Geschichtskultur Ruhr, 02/ 2015, S. 23

Robert Bosshard

Fluchtkapital

Ich meine es persönlich. Nicht was mich betrifft, ich bin bald achtzig, da pfeife ich drauf: Das eine Kapital, das Finanzkapital, dessen Besitz Eigentum schafft, für das man im Allgemeinen persönlich die Verantwortung trägt in unserm Rechtssystem – und das andere Kapital, dessen Besitz An- und Zugehörigkeit und also Fähigkeit zur kulturellen Mitgestaltung meint, schließen sich nicht aus. Im Gegenteil, auch wenn wir allesamt Marxisten sind, es gibt auch das andere, nennen wir es ein „symbolisches Kapital“, das (in dialektischer Beziehung zur materiellen Disposition) die kulturelle Verfasstheit unserer Lebensorganisation bestimmt. Leider besteht hierfür noch immer keine schlüssige Theorie, Max Weber hatte es versucht, auch Freud und schließlich Foucault, aber es fehlt die wissenschaftliche Konsistenz und also Handlungsrelevanz und Popularität. Dabei ist doch klar, dass der finanzkapitalistische Eigensinn, die an ihn gebundene Zuwachsrates an Eigentum und der damit verknüpfte Konsum-Irrsinn, nicht allein den Unterbau unserer Gesellschaftsformation darstellen kann. Vielmehr baut die Stabilität unserer demokratischen Grundordnung (Trennung der Gewalten) auf die historisch hergeleiteten Institutionalisierungen à la Familiarität, Konventionalität, Genossenschaftlichkeit, Verträglichkeit, Zugehörigkeit, aber auch auf Ausgrenzung, Korruption und Denunziation. Und zwar neben der und in Beziehung auf die materielle Gewalt des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts und dessen Wachstums- und Rationalisierungsmonopols. Der Begriff „symbolisches Kapital“ (eigentlich ein soziologischer Terminus) stellt eine Philosophie des Handelns neben das funktionalistische Konzept der Materialisten und versucht damit die Idee einer praktischen Vernunft und Zwischenmenschlichkeit mit in das Theoriegebäude abstrakter Wahrheiten hineinzustellen.

Ich meine es persönlich, rede vom Leben als Fluchtbe-
wegung, ohne mich zu meinen: Schon damals, als ich als Ju-
gendlicher aus dem Gymnasium geflogen bin, da muss es an
einer unentdeckten minimalen zerebralen Behinderung ge-
legen haben. Es lag in meiner Natur und war also meine Schuld.
Am Boden zerstört, beschämt und isoliert, ging es danach
trotzdem weiter, dank meiner Freunde, und zwar insbesonde-
re dank derer, die mit mir Jazzmusik ausprobierten. Die Mu-
sik stellte also einen frühen Zugang zu einem symbolischen
Kapital dar. Trotzdem hatte ich mich bald schon wieder im
Urwald des beruflichen Wettbewerbs verlaufen, und natürlich
lag die Schuld von neuem allein bei meiner Unvernunft und
Bockigkeit. Aber wieder erlöste mich ein symbolisches Kapi-
tal, diesmal in Form des Glücks, einem sozialen Staatswesen
anzugehören, denn ich wurde mittels einer psychologisch ge-
schulnten Behörde zurück aufs Gleis gesetzt. Doch das Pen-
del schlug bald wieder um, machte mich von neuem dumm,
und schon war ich ein verklemmter Eigenbrötler geworden,
natürlich selber schuld. Aber im Lauf der Zeit erteilte mich
eine stabile Liaison, die Kunst der Liebe wurde mir beige-
bracht und ein Kind. Und was daraus resultierte, zähmte mich
derart, dass ich die große Gunst weitestgehender kultureller
Integration erleben durfte. Doch mein Engagement gegen die

drohende Atomkatastrophe und mein Widerspruch zum Vor-
gehen der Amerikaner in Vietnam befremdete mein Umfeld
so sehr, dass ich abhauen musste, und schon war ich (selbst-
verschuldet natürlich) vertrieben. Jedoch nahm mich auch in
der neuen Umgebung nach kurzer Zeit schon eine Subkultur
Gleichgesinnter auf, und das symbolische Kapital, über das
ich damit verfügte, versicherte mich meiner von Grund auf
neu. Dass ich davon ableitete, einen Lehrberuf ausüben zu
sollen, lag wieder allein an meiner Unwissenheit. Glückli-
cherweise verhalfen mir nach wenigen Jahren meine Freunde
(diesmal schon professionelle Künstler) wieder aus der aka-
demischen Falle heraus ... was für ein symbolisches Kapital.
Aber natürlich verstrickte ich mich auch als künstlerisch mo-
tivierter Sozialarbeiter, Sozialplaner und schließlich sogar
Sozialpsychiater in der Doppelmoral alltäglicher Routinen,
sodass ich für die Institutionen, die mich trugen, unerträglich
wurde, natürlich wiederum in absoluter Eigenverantwortung.
Aber schon kamen Freunde und Bekannte auf mich zu, die
Bilder von mir kauften, Texte von mir lasen und mich beauf-
tragten Filme zu realisieren, also meine dysfunktionale Moral
offen tolerierten, was mein symbolisches Kapital enorm sta-
bilisierte. So erlangte ich die Fähigkeit, die Rolle eines Haus-
manns zu übernehmen, Bilder zu malen, die nicht zur Gattung
heuchlerischer Schönmalerei gehörten, totalitäre Anstalten zu
kritisieren, und Filme zu drehen, welche mich professionell
isolierten. Natürlich verdiente ich dann nicht mehr das Geld,
um eine Familie zu unterhalten, selbst verschuldet natürlich.
Aber ich erlangte die Kraft, mich aushalten zu lassen, sprich:
Toleranz und Unterstützung gegenüber mir als Störer und Un-
brauchbarer aktiv einzufordern und mich von der Unterstüt-
zung durch Angehörige und Freunde abhängig zu machen ...
also Fluchtkapital zu akkumulieren, von der dann die Kultur,
von der ich profitierte, den Mehrwert abschöpfen konnte.

Robert Bosshard, lebt noch, glücklich in Oberhausen.

Lesetipp

Hermann Schulz

Der Junge schläft schon. Wendlandgeschichten.

Wuppertal, NordPark Verlag. 53 Seiten.

In der Reihe „Die Besonderen Hefte ... eigenhändig gesetzt, in kleinen Auflagen gedruckt, handgefaltet und handgeheftet, in einem durchsichtigen papiernen Schutzumschlag eingeschlagen. Für Sammler gedruckt im Januar 2016“. Zum Preis von 6,50 Euro ist es die ideale Geschenkidee. – Die Leser erwartet nicht die heile Welt sondern Geschichten einzigartiger Menschen, die dem zugereisten Jungen Wärme geben. Das Kind ist von unvergesslichen Begebenheiten beeindruckt, denkt nach, spürt Hintergründiges, erfährt Lebenszusammenhänge, die mit tragischen Auswirkungen des Krieges oder Haltungen Einzelner zu tun haben. Es sind Eindrücke, die die individuelle Lebensgrundlage prägen und wichtige Freundschaften begründen. Hermann Schulz verbrachte seine Kindheit im Wendland und weiß, wovon er schreibt. – Sehr kurze Geschichten, die stark beeindrucken!

Almuth Dreier

Hartmut Dreier

Die frühere Vorzeigestadt Marl nach dem Bergbau: Industriestadt eigener Art – mit Natur und Kultur

Mit Verweis auf die „ursprüngliche“ Idee von Marl, der Bundesrepublikanischen bzw. sogar europäischen Vorzeigestadt im Ruhrgebiet aus den 1950er-/60er-/70er Jahren, ergeben sich einige Erwartungen für die Zeit nach dem Bergbau, für die Zukunft. Einige Grundlagen für diese Erwartungen finden sich in dem von Hartmut Dreier/Roland Günter/Manfred Walz herausgegebenen Buch: „Marl – Industriestadt eigener Art. Neuer Aufbruch mit Natur und Kultur“ (Essen: Klartext/Deutscher Werkbund 2015). Ich nenne acht Erwartungen und Chancen:

1. Nach dem Ende vom Bergbau im Dezember 2015 ist offiziellerseits von Logistik und 1.000 neuen Jobs die Rede. Skepsis ist im Blick auf Logistik angesagt! – Im „Chemiepark Marl“ mit 10.000 Arbeitsplätzen – einem der ganz großen Chemie-Areale in Europa –, ist der Chemie-Konzern Evonik der dominante Akteur. Konzernentscheidungen mit Auswirkungen auf Marl fallen in Essen, Düsseldorf und an Firmensitzen von Filialen im Chemiepark Marl in anderen Ländern. Jedenfalls fallen sie erfahrungsgemäß außerhalb von Marl. Die aktuelle EU-Richtlinie Seveso III, welche die Mindestabstände zwischen Chemie einerseits und andererseits Leben/Wirtschaften ringsherum verbindlich vorschreibt, schafft eine neue Dynamik: Sie schützt den Bestand der Chemieanlagen gegenüber der städtischen Bebauung und Entwicklung im Umfeld, wird also erhebliche negative Auswirkungen auf Marls Stadt-Entwicklung haben. Daher ist zu fordern: Die Umsetzung von Seveso III muss Ausgangspunkt werden für eine neue Plattform vor Ort für gemeinsame „pro-aktive“ Planungen und Entscheidungen bei allen Akteuren.

2. Unbedingter Schutz des grünen Gesamteindrucks, der vorhandenen Wälder, der unbebauten Bachläufe und keine weitere Zersiedelung von noch nicht bebauten Ackerflächen.

3. „Marl und Region = Dessau“: Wer „das Bauhaus“ aus der Zeit vor der Nazi-Diktatur kennenlernen will, schaut sich in Dessau um. Wer „die Moderne“ der Architektur und Stadtplanung nach dem 2. Weltkrieg kennenlernen will, besucht Marl mit seinen mustergültigen Bauten und Stadtplanungskonzept und die Umgebung im Ruhrgebiet wie z.B. die Ruhr-Universität, die von Hans Scharoun geplanten Schulen in Marl und in Lünen und die von ihm mit inspirierte Gesamtschule von Peter Hübner in Gelsenkirchen, die von Hans Scharoun geplante Johannes-Kirche in Bochum usw.

4. Zwischen den „architektonischen Ikonen“ der „Nachkriegsmoderne“ schaffen Wege für Fußgänger und Radfahrer Verbindungen, um „Natur und Kultur“ zu erleben. Dazu werden weitere „Stadtmarken“ auch als Orientierungspunkte auffällig bunt markiert (z.B. hohe Gebäude, Kirchtürme, Schornsteine im Chemiepark); attraktiv werden auch die

drei begrüneten „Bergehalten“ als künstliche Berge im Stadtgebiet. Verbindungswege beziehen auch geschichtlich bedeutende Orte von den Kelten an der Lippe bis zur Gegenwart mit ein. Verbunden werden solche „Ikonen“, Stadtmarken, Berge und Geschichten mit kreativen Festen und Veranstaltungen in der Initiative und Regie von vielerlei Akteuren.

5. Die „starken“ Flüchtlinge in Marl werden ausdrücklich eingeladen und unterstützt, hier alsbald heimisch zu werden und hier sehr schnell ihre Ideen und Fertigkeiten zu entwickeln.

6. Nicht konzern-gebundene, „intelligente“ Manufakturen, Handwerk und Betriebe werden besonders gefördert.

7. „Berlin/München = Marl“: Künstlerisch Tätige werden eingeladen, mindestens 5 Jahre lang mietfrei leere Ladenlokale und Wohnungen zu bewohnen und lebendige Milieus zu schaffen.

8. „Gegen Schulflucht nach Schulschluss“: Die mindestens 800 fest angestellten Professionellen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich werden dazu motiviert, eingeladen und aufgefordert, sich zusätzlich im Gemeinwesen einzubringen und möglichst ortsnahe zu wohnen.

Hartmut Dreier, lebt seit 1977 in Marl und seit 1969 mit dem Projekt AMOS.

Lesetipp

Jürgen Link

Anteil der Kultur an der Versenkung Griechenlands. Von Hölderlins Deutschschelte zu Schäubles Griechenschelte

Würzburg, Königshausen&Neumann 2016. 198 Seiten.

Ein ungewöhnliches Buch durch die Kombination von politischer Kritik und Hölderlins Dichtung und ihrer Kommentierung. So analysiert Jürgen Link die Herabstufung Griechenlands zu einem Dritte-Welt-Land in der EU mit politischer und diskurstheoretischer Kritik, schlüssig und verständlich. Man nehme z.B. das Diktum des Leitartiklers Michael Martens in der FAZ vom 29.10.2012: „Die Griechen stehen vor einer historischen Entscheidung: Sie müssen wählen, ob sie in Euro oder in Drachmen verarmen wollen.“

Neben solche aktuelle politische Diskurs-Analyse stellt Jürgen Link Hölderlins „Deutschschelte“. Einfühlsam und literaturwissenschaftlich meisterhaft interpretiert Link Hölderlins „Deutschschelte“ in Hölderlins Gesamtwerk und in der Hölderlin-Rezeption, zu seiner Zeit und seitdem. „So kam ich unter die Deutschen. Ich forderte nicht viel und war gefaßt, noch weniger zu finden. Ich kann kein Volk mir denken, das zerrißner wäre, wie die Deutschen.“ (Zitate S. 44 – 46).

Link zeichnet eine „Tiefenstruktur des Konflikts“: Hölderlins „Deutschschelte“ als eine noch immer relevante Kritik an der deutschen technokratischen „Fachidiotie“ im Kontext auch aktueller Hegemonialpolitik. Selten sind solche Bücher, wo politische Kritik und Lyrik nebeneinander stehen und zur wechselseitigen Erhellung der Gegenwart beitragen.

Hartmut Dreier

henden Verhältnisse bejahend einübst, indem du dich selbst in Leistungserbringung, in eine Bereitschaft zur von Anderen sinnbestimmten Arbeit einzubringen bereit bist? Und bedeutet dieses Funktionieren nicht die Preisgabe dessen, was wir, oder was ich zumindest für die menschliche Eigenschaft oder sollte ich nicht besser von Fähigkeit reden, zum Nachdenken über sich selbst meint?“

„Ach, du willst immer alles lieber verfilosofieren als zu funktionieren. Du willst dich verweigern und krittelst an allem herum. Kann es sein, dass du einfach nur zu faul oder zu ichbezogen bist?“

„Könnte sein. Aber mein selbstreferentielles Wollen, meine Reflexionsmühen, bringen mich an Grenzen. Und, wenn’s gut geht, an erfüllende Erkenntnis, die ich unter gar keinen Umständen je missen möchte. Wobei den Vorwurf der Faulheit ich zu deinen Gunsten gerne überhört habe. Weil mir genau in dem, wie wir jetzt über die Dinge, über unsere unterschiedlichen Herangehensweisen an unser Leben reden, deutlich wird, wie wichtig Nachdenken darüber ist und wie sehr auch du das genießt. Also sind wir uns näher als wir uns bisher gegenseitig gedacht, bewertet und ge- oder mißachtet haben. Wie wär’s, ich kenn’ ‘ne Kneipe, da habe ich Kredit?“

Beide gehen ab und niemand hat sie an diesem Tag mehr gesehen. Washtag, eben!

Peter Strege kam ins Ruhrgebiet der Arbeit(enden) wegen. Dem „malochenden Riesen nah zu sein“, oh wie schön wäre das. Nun denkt, malt und schrei(b)t er hier als einwohnendes „Fossil“. Gewissermaßen „neue Heimat“.

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
 Hervester Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671
 E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
 redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: http://amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Benjamin Benz und Robina Cronauer

Schlussredaktion:
 Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
 Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:
 Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Einzelpreis: 4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
 inkl. Versandkosten

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

*A rubare poco si va in galera,
 a rubare tanto si fa carriera.
 Stiehlst Du wenig kommst Du ins Gefängnis,
 stiehlst Du mehr machst Du Karriere.*

BAYER - Aktien in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.



Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.



Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

www.cbgnetwork.org

Ja, ich möchte mehr Informationen.

Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Ja, ich spende €

Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr

Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
 Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €
 Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname: _____ Alter: _____ Beruf: _____

Straße, Hausnr.: _____ PLZ, Ort: _____

eMail: _____ Telefon: _____

Geldinstitut: _____ Bankleitzahl bzw. BIC: _____

Konto-Nr. bzw. IBAN: _____ Datum, Unterschrift: _____

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Erhalt dieses Bogenblatts, von meinem Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gültiger-ID: DEZ1CBG0000021028

Lennart Nuschke

Die Notwendigkeit der Effizienz

Wir sind kein Spielball der Natur mehr. Wir beherrschen die Natur. Unser Handeln ist effizient, geradlinig und funktional. Deus ex machina ist die Devise, wie uns unser kleiner Computer in der Hosentasche zeigt. In Amerika fangen Hochschulen an, die Studenten zum Tragen eines Fitnesstrackers zu verpflichten. Denn ein gesunder Geist wohnt in einem gesunden Körper. Und das soll ja bitte überprüfbar sein. Aber jeder zahlt bitte schön selbst seinen Fitnesstracker.

Wir haben die psychologischen Eingangsuntersuchungen für die Einschulung. Jeder Mann hat sich der Wehrtauglichkeitsuntersuchung stellen müssen. Für werdende Mütter gibt es ein engmaschiges Netz an Vorsorgeuntersuchungen. Alles wird genormt, gemessen und verglichen. (Was nicht passt, wird passend gemacht oder aussortiert.)

Mit der Bologna-Reform zog dies auch in die Hochschulen ein. Der europäische Kompetenzrahmen als Vorgabe, mit was die Köpfe zu füllen sind. Noch ist die Forschung nicht so weit, dass man in die Köpfe reinschauen kann. Also muss alles andere gemessen werden, was messbar ist. Wie lange sitzt der Student an seiner Arbeit? Erreicht er seinen vorgegebenen „Workload“? Die Vorgaben sind klar. Er muss in ein Seminar 150 Stunden investieren. 30 Stunden Anwesenheit, 60 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit und 60 Stunden für den Leistungsnachweis. Macht fünf ECTS-Punkte. Doch wie kann man diesen Zeitaufwand gerecht nachweisen? Der Leistungsnachweis ist zu erbringen, bei einer Hausarbeit (so sie nicht plagiiert ist) ist recht ersichtlich, wie lange der Student brauchen wird. Die Vor- und Nachbereitung ist nicht überprüfbar, doch die Anwesenheit. Im Sinne einer Gleichberechtigung muss die Frage erlaubt sein, warum man nicht wieder unangekündigte Leistungsüberprüfungen einführt. Nur so ließe sich die Vor- und Nachbereitung überprüfen. Und der Student hat ein kleines Erfolgserlebnis. Funktioniert in der Schule ja auch hervorragend.

Ein Kompromiss dahin ist die Anwesenheitspflicht. Ein physisch anwesender Student hat es ungleich schwerer, sich vor dem Inhalt zu drücken, als ein nicht anwesender Student. Und es ist ja nur zum eigenen Vorteil. Genauso wie die Kameras, die jetzt in den Hörsälen der RUB angebracht sind. Denn in „Safe-Spaces“ lernt es sich doch viel leichter. Vielleicht integrieren wir demnächst noch kleine Elektroschocker in die Sitze, um einschlafende Studenten wieder zu aufgeweckten, wissensbegierigen Geistern zu machen. Und wenn es ihnen den Schlaf raubt, hilft der Gedanke: Es ist doch zum Wohl aller.

4.950.000.000.000 Bit (4,95 Terabit) pro Sekunde passiert in diesem Sommer den Internetknoten DECIX in Frankfurt/M. – auch hier: GHQC und NSA lesen mit.

Lennart Nuschke, alt genug über Studenten zu lästern. Studiert aber immer noch, derzeit an der EFH Bochum.

Robina Cronauer

Über die Selbstverpflichtung zum „Ernst des Lebens“

180, 240, 360 Stunden. Das sind realistische Angaben für den „Workload“, den Studenten in einem Semester laut Modulhandbuch für ein Modul (als Bündel von mehreren Lehrveranstaltungen) zu erfüllen haben. Das beinhaltet nicht nur die Anwesenheit, sondern auch Vor- und Nachbereitung. Je höher der von Studenten erwartete Arbeitseinsatz, desto mehr Punkte wird er nach Abschluss des Moduls erhalten. Es handelt sich also um eine Maßeinheit, die der Vergabe von Leistungspunkten dient. Kann er jedoch auch als eine Richtlinie für den alltäglichen Arbeitsaufwand der Studenten gesehen werden? Ist er gar als Arbeitszwang zu begreifen?

Die Hochschulen als gesellschaftliche Institutionen brauchen Kriterien, um Leistung irgendwie bemessen zu können. Dass dieses Maß nicht viel mit der realen Umsetzung zu tun hat, das erfahren wir, sobald wir in der Schule das erste Mal im Diktat versagen. Wie viele von uns haben das Wort „Vater“, auch in einem dem Maß nicht entsprechenden Alter, konsequent noch mit „F“ statt mit „Vogel-V“ geschrieben, weil der Klang es der kindlichen Logik gebot? Dementsprechend kann auch die fremde Bemessung eines Arbeitsaufwands wohl kaum dem realen Vermögen oder Unvermögen der Studenten entsprechen.

Es ist interessant zu beobachten, wie sich erschreckend viele dennoch bemühen, diesen Vorgaben zu entsprechen, statt die Freiheiten zu nutzen, die das Studentenleben mit sich bringen kann, wie eine freie Zeiteinteilung oder die Auswahl des Lerninhalts, möglichst unabhängig von den Vorgaben. Das kann zu skurrilen Situationen führen. Beispielsweise ist die Abwesenheit im Seminar, zugunsten des stets gelobten selbstständigen Lernens, innerhalb der Studierendenschaft auf einmal verpönt, wohingegen dieselbe, während ihrer Schulzeit, die Anwesenheitspflicht allein schon wegen niederer Bedürfnisse freudig missachtete. Bisweilen kann man sogar erleben, dass Lehrkräfte von ihren Studenten gescholten werden, weil ihre Prüfungen zu einfach und somit nicht vergleichbar mit dem „Workload“ anderer Fächer seien, deren Studenten sich mit ihrem unmenschlichen Arbeitsaufwand ritterlich brüsteten. Vorbei sind die Zeiten der Schadenfreude über den unrechtmäßig ausgelösten Feueralarm, die Hitze-welle, den grippalen Infekt des Lehrers, all die süßen Störungen, die uns von Zeit zu Zeit von unserem Alltag erlösten. Welche Arbeitskultur steckt also hinter dieser Selbstverpflichtung zu mehr Ernst im Leben, zur Erfüllung fremder Ziele und Vorgaben, wenn erwachsene Personen ihr Studium, also eine prägende Lebensphase, so absolvieren, als würde ihnen in jedem Moment ein Eintrag ins Klassenbuch drohen? Das klassische Bild vom faulen Studenten, der in den Tag hineinlebt, wäre mit solch hoch funktionalen Verhaltensmustern jedenfalls widerlegt ...

Robina Cronauer, Jg. 1990, studiert Soziale Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule RWL in Bochum

Matthias Schnath

Der Geist im Modernisierungstrichter

Einerseits: „Natürlich“, nämlich ihrem Wesen entsprechend, ist Wissenschaft „frei“. Die Tätigkeit, die Wissen schafft, nämlich das denkende Wahrnehmen und Bestimmen von Wirklichkeit, die daran anschließende Mühe des Schlussfolgerns, kommen nicht umhin, erste Eindrücke und Vor-Urteile in Zweifel zu ziehen, sich also weder von vorgegebenen Anschauungen noch von deren interessierten Ausprägungen, erst recht nicht von herrschaftlichen Forderungen – sei es solchen der Moral, sei es der Religion, sei es der Politik – frei zu machen: Wissenschaft setzt Unbefangenheit voraus. Das hat sie mit dem Vollzug von Recht gemein.

Andererseits: Es ist wohl meines Amtes als zur Bestimmung der Rechtsbeziehungen berufenen Lehrer des Rechts darauf hinzuweisen, dass die genannten Erfordernisse von Wissenschaft nicht deren ganze Wahrheit ausmachen. Mit der Autorität der „staatlichen Gewalt“ (Art. 1 Abs.1 Satz 2 eben dort) verordnet das Grundgesetz der deutschen Gesellschaft: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ (Art. 5 Abs. 3 Satz 1). Es verfügt damit als politisch nicht hintergehbare gesellschaftliche Realität nicht weniger als die Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft: Das Grundgesetz geht davon aus, dass die Wissenschaft im benannten Sinne sich keinem Interesse anzudienen hat – umgekehrt aber auch davon, dass gesellschaftliche und politische Interessen es an sich haben, Legitimation vor Wahrheit zu stellen. Anderenfalls bedürfte die Wissenschaft des staatlichen Schutzes ihrer Freiheit nicht.

Solch unbefangene Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle von Wissenschaft sind nun mehr als rechtstheoretische Hermeneutik. Sie erfassen im rechtlichen „Überbau“, was die Wirklichkeit von Wissenschaft in der Bundesrepublik zunächst allgemein kennzeichnet: Universitäten/Hochschulen und das Professorenamt. Mit ihnen garantiert staatlicher Zwang, nämlich mittels Steuern, das Dasein freier Wissenschaft, organisiert darin eigentümliche Gegensätze: Offenkundig benötigt das allgemeine Wohl der Gesellschaft einerseits die unbefangene Erarbeitung von Wissen, andererseits ist die von den gesellschaftlichen Interessen als solchen nicht zu haben. Deswegen existiert Wissenschaft als gesonderte Sphäre, Institution. Deren Zweck spiegelt sich in der Verfassung des Amtes ihrer leibhaftigen Sachwalter: Als Professoren sind sie in persönlicher Freiheit zum Nachdenken berufen, und zugleich zur Selbstverwaltung der Organisation ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre verpflichtet. Darin besteht – emphatisch betont – ihre gesellschaftliche Berufung; banaler ist Wissenschaft dann auch ein ganz bürgerlicher Beruf mit seinen eigenen Karriere- und Geltungsinteressen. Desgleichen gilt für die Lehre: Wie das Besoldungsrecht der Professoren sie bei ihren bürgerlichen Interessen packt, so ist über das staatliche Recht zur Normierung beruflicher Abschlüsse Lehre bezogen auf die selektive Produktion von Berufspassanten.

Legt man diese Folie der grundsätzlichen Verhältnis-

se zwischen Wissenschaft, Staat und Gesellschaft über die Entwicklung der jüngeren Vergangenheit, so zwingt sich ein Schluss auf die geistige Verfassung der Hochschulen und Universitäten auf:

– Da ist einerseits eine gesellschaftliche Entwicklung, die in der etwas fernerer Vergangenheit der Bundesrepublik allenfalls dogmatisch verbohrt Marxisten im Rahmen ihrer „Verelendungstheorie“ beschworen hatten, im Übrigen für unmöglich gehalten wurde: Verbreitete Massenarmut mit Armutsquoten bei Kindern bis an ein Drittel, erlahmendes Wirtschaftswachstum trotz – oder wegen? – jahrzehntelanger Standortpolitik, eine schwelende Finanzkrise, die alle Weltmarktbeziehungen zu erschüttern droht, Kriege und Elend, die mit ihren Massenfluchtbewegungen jetzt auch die bundesdeutsche Insel der Stabilität zu erschüttern drohen, religiöse und nationale Fundamentalismen zunehmend auch im aufgeklärten Europa – und eine Politik, die stets und immer entschiedener der zunehmenden „Unordnung“ mit einem „Weiter so!, aber mehr und besser!“ entgegen tritt.

– Da ist andererseits ein Hochschulwesen, das nahezu die Hälfte der Jugend ausbildet, dementsprechend massiv ausgebaut, nämlich als Standortfaktor im globalisierten Wettbewerb eingeordnet wird. Dessen Aufrüstung erfolgte zweckmäßig; an die Stelle von garantierter Freiheit trat Steuerung: Die Wissenschaftspolitik ist in der Lage, Hochschulen und ihre Akteure bei ihren Wettbewerbsinteressen zu packen, und an gesellschaftlicher Nützlichkeit orientierte Kriterien des Outputs zur Geltung zu bringen: Sie setzt Hochschulen mittels ihrer Finanzierung unter abstrakten Wettbewerbsdruck, also in Wettbewerb nach Kriterien, die sie selbst nicht bestimmen (können), im Wesentlichen: Erhöhung des Durchsatzes, technologische Nützlichkeit – und „Profil“. Die Folgen sind bekannt: Überlebenskampf in Geisteswissenschaften jenseits der Lehrerausbildung und internationalem „Renommee“, Exzellenz der technologischen Disziplinen – und Ausrichtung der Sozialwissenschaften auf Funktionalismus und weltfremde Nabelschau im Rahmen ihrer im Wesentlichen nur selbstbezogenen Geltungsstrategien. – Die notwendig aufkommende Unzufriedenheit innerhalb des Hochschulpersonals übernimmt die verordneten Kriterien der Effizienz, reklamiert Überlastung, Bürokratisierung und Verschulung.

Der Schluss auf die (im doppelten Sinne) innere Verfassung der Hochschulen sollte damit klar sein: Sie ist gekennzeichnet durch gesellschaftliche Distanzlosigkeit; die engagierten Fraktionen ihrer notwendig freien Selbstverwaltung laufen den Vorgaben von Politik und Öffentlichkeit für ihre Selbstvernützlichkeits Ehrgeiz hinterher. Deren Kehrseite sind privat-distanzierte Bewältigungsstrategien, die sich ganz der eigenen wissenschaftlichen Profilierung widmen oder sich ganz dem Privaten zuwenden. Wer unbefangenes Nachdenken mit der Erwägung grundsätzlicher Kritik verbindet, hat an den Hochschulen also verloren.

Dr. Matthias Schnath, Jg. 1953, seit 1997 Professor für Staats- und Sozialrecht im Studiengang Soziale Arbeit an der EFH Bochum

Mark S. Burrows

Die Gefährdung des Bildungssystems in den Vereinigten Staaten

„Nur weil man Universitäten hat,
heißt es lange nicht, dass man Bildung hat.“
Malcolm X

„Higher education“ in den Vereinigten Staaten von Amerika – also das Bildungssystem von Hochschulen und Universitäten – steckt in einer Krise. Die Universitäten und Hochschulen werden mit massiven wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen konfrontiert, in Folge dessen die Form solcher Institutionen auf grundlegende und verschlechternde Weise im Wandel ist. Erstens aber ist es wichtig festzustellen, wie kompliziert diese Bildungslandschaft ist. Als kurzes Vorwort dazu: In den Vereinigten Staaten gibt es kein einheitliches System von Universitäten, sondern eher eine bunte Mischung von vierjährigen Colleges und Universitäten mit Bachelor- und Master-Studiengängen (rund 3.000), und dazu noch die sogenannten Community Colleges (ca. 1.700), die ein zweijähriges Studium für Studierende anbieten, für die die Bewerbungsvoraussetzungen an den Universitäten unerreichbar sind. Außerdem gibt es eine immer stärker wachsende Anzahl von sogenannten „for profit“ Universitäten, die zum größten Teil ihre Kurse als E-Learning (über internetbasierte Lernplattformen) anbieten und eher auf Ausbildung als auf Bildung ausgerichtet sind. Diese Konstellation ist verwirrend für jemanden, der versucht, dieses komplizierte System zu verstehen oder allgemeine Trends festzustellen.

Bei diesem Bildungspuzzle sind auch besonders wichtige finanzielle Trends zu spüren, die den Charakter des Bildungssystems als Ganzes langsam umzuformen drohen. Der wichtigste Trend sind die immer weiter steigenden Kosten. Dementsprechend wird der Zugang zu solchen Institutionen für eine wachsende Zahl qualifizierter Studierwilliger aus Familien mit niedrigerem Einkommen immer schwerer. Zum Beispiel betragen die durchschnittlichen Studiengebühren bei staatlichen Universitäten im Jahr 2015 fast \$9.000 im Jahr, wobei solche Gebühren an den besseren privaten Universitäten sogar bei fast \$35.000 pro Jahr liegen. Die Herausforderungen solcher Zahlen sind ganz deutlich: Selbst öffentlich finanzierte Universitäten sind nur schwer bezahlbar für eine große Anzahl von Studierenden, vor allem aus Familien mit niedrigeren Einkünften. Das Nettoeinkommen eines Arbeiters, der den Mindestlohn (\$7,25 pro Stunde) verdient, beträgt gerade mal \$15.080 pro Jahr brutto. Die Kosten machen das Studium für viele also unerreichbar, was wiederum die Ungleichheiten der Gesellschaft steigert. All das reflektiert Malcolm X's prophetische Kritik, die er während der sozialen Unruhen der 1960er Jahre ausgesprochen hat: Die Existenz von Universitäten heißt lange nicht, dass sie die Bildung der Gesellschaft als solche fördert. Das erinnert uns daran, dass die Rolle höherer Bildung (higher education), eigentlich ein besonderer Antrieb für die Demokratie, genauso abhängig

ist von der Möglichkeit der Teilnahme wie auch von institutioneller Exzellenz. Natürlich spiegeln sich an allen diesen Universitäten als Bildungsinstitutionen weiterreichende soziale und wirtschaftliche Trends wider, die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger Menschen: In den letzten dreißig Jahren kontrollierten die reichsten 1 Prozent der Amerikaner mehr privaten Besitz als die unteren 90 Prozent. Diesen Missstand illustriert das wohlbekannte „Gleichnis vom anvertrauten Geld“ (s. Mt 25, 14-30; Lk 19, 11-27), dessen Schlusswort höchst zutreffend scheint: „Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat.“

In den Vereinigten Staaten bedeutet dies alles, dass vor allem Afro-AmerikanerInnen und andere Minoritäten in diesem System besonders benachteiligt werden. Dies ist ein kritisches soziales Problem, das die quälende Frage nach „race and ethnicity“ im öffentlichen Leben noch verschlimmert. Schwieriger

„Doch die Modularisierung der Ausbildung, ökonomische Zwänge und Alltagsroutinen lassen die Räume und Zeiten für kritisches Denken zunehmend schrumpfen“
Barbara Steiner, Katalog „public prepositions“ zu Mischa Kuball, Berlin 2016, S. 11 f

ger Zugang zu Bildung stärkt den Schwung einer nach unten führenden

Spirale für solche BürgerInnen in Bezug auf wirtschaftliche Möglichkeiten – d.h., gut bezahlte Arbeit – und verschärft eine Reihe gesellschaftlicher Probleme, von Raten der Kinderarmut bis zur Jugendkriminalität und hohen Arbeitslosenraten unter Minoritäten. Dies könnte man als Ausweitung der Herausforderungen bezeichnen, die öffentliche Schulen (K-12) in ärmeren Stadtteilen bereits haben, da solche Schulen in den USA primär durch Grundbesitzsteuern finanziert werden. Diese bringen natürlich niedrigere Steuergelder in armen Gemeinden zusammen als in reichen. Von Anfang an ist das Schulsystem ungerecht, was natürlich eine starke Auswirkung auf das Universitätssystem hat. Was das bedeutet, sollte klar sein: Das Bildungssystem ist ganz und gar in den sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten verwurzelt, die die Gesellschaft als solche prägen. Die Reichen werden von dem allem kaum berührt, während es für Ärmere immer schwieriger wird, der Hoffnung gerecht zu werden, an diesem Bildungssystem mit seinen langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen teilzunehmen.

„Higher education“ in den USA hat seit langem den Kontext in der Gesellschaft für den offenen und kritischen Austausch von Ideen geboten, aber es gibt zur Zeit Trends, die zu bedenken geben, dass auch dies sehr stark angefochten wird. In den letzten 20 Jahren wurde auch die Finanzierung von öffentlicher Bildung ganz eng an die Leistungen der SchülerInnen gebunden, die durch standardisierte Tests gemessen wurden (das sogenannte „No Child Left Behind“ Gesetz [2001] unter dem republikanischen Präsidenten George W. Bush). Diese Entwicklungen haben sich langsam immer weiter auf das Universitätssystem ausgewirkt. Immer mehr wird „out-

comes-based learning“ (d.h., „ergebnisorientiertes Lernen“) in den Vordergrund gestellt, was bedeutet, dass sowohl das Lernen als auch das Lehren in den Schulen immer mehr durch kontrollierte Vorgaben und zielorientierte Prozesse geformt werden. Immer weiter entfernt rückt das Ziel eines offenen Gesprächs, in dem sowohl SchülerInnen als auch Studierende eine kritische Auseinandersetzung mit kontroversen Themen der heutigen Gesellschaft ausüben können. Bei diesem Trend muss man von einer Entpolitisierung des Bildungssystems sprechen, was bedauerliche Folgen für die ganze Gesellschaft mit sich bringt.

Solche Trends haben den sozialen Kritiker, Dichter und Philosophen Wendell Berry dazu gebracht einmal zu sagen, dass „es modisch geworden [ist], Universitäten als Betriebe oder Firmen zu verstehen. Universitätspräsidenten sehen sich anscheinend selber als CEOs, sprechen von ‚business plans‘ und ‚return on investment‘, als ob die industrielle Wirtschaft ein Ziel und kritische Standards anbieten könnte, die für Bildung oder Forschung angemessen wären.“ Dazu kommen ein steigender Druck gegen „free speech“, und ein wachsender Druck innerhalb von Universitäten „politisch korrekt“ zu sein (s. den neueren Artikel, „Die Debatten-Polizei“, Die Zeit 3 [14. Januar 2016] 16). Die Lage ist bedrückend. Letzterer ist natürlich keinesfalls ein neuer Trend. Er illustrierte die provokante These Richard Hofstadters in seinem wichtigen Buch, „Anti-Intellectualism in America“ (1962), die inzwischen ganz und gar unumstritten unter SozialwissenschaftlerInnen ist. Die Wurzeln solcher Trends sind tiefgehend und komplex, weil sie das politische Klima, dessen Wurzeln schon im 19. Jh. zu finden sind, weiterhin widerspiegeln. Vielleicht ist der Aufstieg von Donald Trump als potentieller US-Präsidentschaftskandidat im Kontext solcher Traditionen gar nicht so schwer zu verstehen. Leider. Diese langwierige Gefährdung des Bildungssystems könnte gefährliche Auswirkungen in der heutigen Politik haben.

Dr. Mark Burrows arbeitete lange im „US-Wissenschaftsbetrieb“; seit 2013 lehrt und forscht er als Professor für Gemeindepädagogik und Diakonie an der Evangelischen Fachhochschule RWL in Bochum.

„Kritisches Denken braucht Zeit und Raum – hier & überall“
Banner in Leipzig im Herbst 1989 und Kunst-Aktion von Mischka Kuball

Internationale der Kriegsdienstgegner/innen
Internationale Liga für Menschenrechte

Sag Nein: keine Daten für die Bundeswehr

Städte und Gemeinden geben der Bundeswehr die Namen und Adressen von jungen Menschen, die demnächst volljährig werden. Diese schickt dann an diese Adressen Werbe- und Informationsmaterial zum Dienst in der Bundeswehr. Dies geschieht aufgrund von § 58c des Soldatengesetzes

Übermittelt werden jeweils bis zum 31. März die Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im Jahr darauf volljährig werden. Der Zwang zum Kriegsdienst ist zwar ausgesetzt, so dass junge Männer deutscher Staatsangehörigkeit seit 2011 nicht mehr zwangsweise gemustert, einberufen und einer Gewissensprüfung unterworfen werden. Ausgesetzt heißt aber nicht abgeschafft: Der Zwang tritt im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wieder in Kraft.

Alle Männer sind gemäß § 1 Wehrpflichtgesetz ab dem 18. Lebensjahr wehrpflichtig. Neu ist, dass auch die Daten weiblicher Jugendlicher erfasst und der Bundeswehr übermittelt werden, um zu versuchen, sie für den Kriegsdienst anzuwerben.

Allerdings ist es möglich, dieser Datenübermittlung an die Bundeswehr rechtzeitig zu widersprechen oder die Löschung der Daten zu verlangen – und damit ein Zeichen gegen Krieg und für Frieden zu setzen.

Widerspruch:

Jugendliche können der Datenweitergabe durch die Meldebehörden an die Bundeswehr widersprechen. Dies ist in § 58c Abs. 1 S. 2 Soldatengesetz mit Verweis auf § 36 Abs. 2 Bundesmeldegesetz festgelegt. Dort heißt es: „(2) Eine Datenübermittlung nach § 58c Absatz 1 Satz 1 des Soldatengesetzes ist nur zulässig, soweit die betroffene Person nicht widersprochen hat. Die betroffene Person ist auf ihr Widerspruchsrecht bei der Anmeldung und spätestens im Oktober eines jeden Jahres durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.“

Löschung:

Falls die Meldebehörde die Daten schon weitergeben hat, kann der/die Betroffene vom Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr nach § 58c Abs. 3 Soldatengesetz die Löschung der Daten verlangen. Auch hierzu ein Musterbrief:

Nein zum Werben fürs Töten und Sterben!

Wir fordern:

- Keine Personendaten Jugendlicher an die Bundeswehr
- Abschaffung des Kriegsdienstzwangs, d.h. Abschaffung der Wehrpflicht. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist nicht genug.
- Anerkennung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung (auch ohne! Erforschung der Gewissensgründe)
- Abschaffung des Militärs
- Ächtung von Krieg, Waffen und Soldatentum

Bei Bedarf für die detaillierte Information:

Internationale der Kriegsdienstgegner/innen, IDK e.V.

Internet: www.idk-berlin.de Email: info@idk-berlin.de

Internationale Liga für Menschenrechte, ILMR e.V.

Internet: <http://ilmr.de> Email: vorstand@ilmr.de

Einladung

Wanderausstellung „Glückauf in Deutschland“ auf der Kokerei Hansa noch bis 3. April

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr.

Der Eintritt ist frei!

Erzählt wird die Geschichte von neun türkischen Männern, die als Jugendliche nach Deutschland kamen und hier – in einem für sie völlig fremden Land – im Bergbau in ein neues Leben starteten. Die Berichte zeugen von einer bemerkenswerten Willkommenskultur mit dem Ergebnis einer gelebten Integration, dank betrieblicher Förderung, öffentlicher Anteilnahme und medialer Begleitung. Alle neun Portraitierten haben eine eigene Strategie gefunden, mit den Schwierigkeiten des Anfangs klarzukommen. Heute sind sie „stolz auf das, was sie erlebt, durchgemacht, geleistet und erreicht haben.“ Die Fotoausstellung präsentiert die Geschichten in Form von szenischen Fotografien von Cornelia Suhan und Bilddokumenten aus fünf Jahrzehnten.

(siehe auch: *Viktoria Waltz*, *Erinnern wir uns ...*, in *AMOS* 3|2015)

Julian Vazquez

Pflegearbeit – Hineinstolpern in einen Traditionsbetrieb

Allen Bemühungen der Emanzipation zum Trotz gibt es sie an vielen Stellen: die strukturellen Fallen, die Frauen in tradierte Rollenmuster (zurück)drängen. Die Systeme Familie und Betrieb scheinen dabei „eng zusammenzuarbeiten“. Ist Frau einmal über den Fallstrick zwischen Familien- und Berufsleben gefallen, schnappt sie zu: die „Traditionsfalle Pflege“.



Woran liegt es, dass Familie und Beruf hier so gut zusammenarbeiten? Grundsätzlich ist die Pflege in Deutschland Privatsache. Nicht weil dies so sein müsste, sondern weil die herrschende Sozial-, Arbeitszeit- und Lohnpolitik es so wollen, es so sehr nahelegen. Zur hiesigen Pflegesituation titelt das Robert Koch-Institut (2015): „Pflegerische Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst“. Erschwerend kommt hinzu, dass Betroffene oft nicht bewusst entscheiden, Pflege zu übernehmen. Vielmehr stolpern sie in die Situation hinein: Einige sind mit akuten Notfällen konfrontiert und beginnen von heute auf morgen mit der Pflege. Bei anderen verläuft die Übernahme von Pflegetätigkeiten schleichend. Die Aufgabe von Pflege ist – im Vergleich zur Kindererziehung – noch wenig(er) bei „Betroffenen“ und in der Gesellschaft als wertvolle „Sorgearbeit“ präsent. Betriebliche und staatliche Angebote werden nur zögerlich konzipiert. Die wohlfahrtsstaatliche Pflegepolitik ist explizit familiarisierend ausgerichtet. Aufgrund der Leistungsschwerpunkte der Pflegepolitik und der vorherrschenden Aufgabenverteilung innerhalb der Familie pflegen vornehmlich Frauen. Der programmatische Werbeslogan von Deutschlands größtem Pflegedienst könnte lauten:

**„Wir sind ein Traditionsbetrieb:
Pflege ist bei uns Frauensache“**

Dabei ist Pflege längst kein (privates) Individualproblem mehr. Ein Blick auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes verrät vielmehr: Es kommt eine gesellschaftliche (!) Herausforderung auf uns zu. Es ist kein „Unglücksfall des Einzel-

nen“, wenn Angehörige pflegebedürftig werden (so Angehörige tatsächlich da sind). Es muss mehr über Pflege gesprochen und vor allem gestritten werden, damit die Sensibilität für das Thema wächst und die Hürde zur Inanspruchnahme von Hilfsangeboten sinkt.

Frauen in der erwerbswirtschaftlichen Traditionsfalle I

Die häufigste Konstellation der Aufteilung von Erwerbsarbeit sieht so aus, dass nach der Geburt eines Kindes der Vater eine Vollzeitstelle beibehält und die Mutter in Teilzeit erwerbsarbeitet. Eine Traditionsfalle ist darin zu erkennen, dass nach der erstmaligen Entscheidung für eine Familienphase bereits Karrierenachteile entstanden sind, die im Laufe der Erwerbsbiographie nicht aufgeholt werden. Steht nun die Entscheidung für eine zweite Familienphase an (wie bei der Pflege), liegt die Entscheidung nah, dass sich wieder ein Partner und dabei wieder die Frau für die Übernahme der Sorgearbeit entscheidet. Denn es erscheint dann vielen Familien

wenig sinnvoll, dass die schlechter verdienende Frau vollzeitbeschäftigt ist, während der besser verdienende Mann nur noch in Teilzeit arbeitet oder Familienpflegezeit in Anspruch nimmt. Es sind also oft nicht zuletzt (ach so geschlechterneutral daher kommende) monetäre Kalküle, die in einer solchen Situation zur „Traditionsfalle“ für Frauen (und Männer) werden.

Frauen in der erwerbswirtschaftlichen Traditionsfalle II

Ein zweites strukturelles Moment kommt noch hinzu: Auch in der Berufswahl zeigt sich noch eine tradierte Rollenaufteilung, indem der Frauenanteil in Erziehungs- und Sozialberufen über 70% liegt, bei Arzt- und Praxishilfen sogar bei 99%! In der Fahrzeug- und Schiffbautechnik beträgt er gerade einmal 3%. Soziale Berufe kennzeichnen aber oftmals hohe Teilzeitquoten, geringe Aufstiegschancen, verkürzte Laufbahnen und insgesamt geringe Bezahlung. Die Entscheidung für einen sozialen Beruf bedeutet damit in den meisten Fällen bereits eine Entscheidung gegen die eigene Karriere. Da lauern sie schon wieder, die rationalen Kalküle, bereits bei Ausbildungsbeginn. Mangelnde Möglichkeiten der Existenzsicherung bei Teilzeit und unzureichende Alterssicherung tun ihr übriges zur Tradierung von Abhängigkeitsverhältnissen und Rollenverteilungen (nicht erst) bei Pflegebedarf.

Julian Vazquez vertritt eine Professur am Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz und hat sich in seiner Doktorarbeit mit Angehörigenpflege beschäftigt.

Peter Strege

Muss!

Weisheit ohne Alter. Kittelschürzen oder Schlafanzugjacken. In jedem Fall: revolutionär.

Früher hatten wir den Durst, heute die Rente, aber die Leber, der Magen, die Speicheldrüse ...

Ich weiß. Ich kenn' das. Stehen sich gegenüber. Begegnung am Morgen: „Wie geht's?“

Entgegnung: „Muss!“

Hätt' ich 'ne Antwort, eine Auskunft erwartet, ich müsste enttäuscht sein. Bin ich nicht. Höre hinein ins magere gesprochene Wort und erfahre, dass unter dem Parterre des Fatalen Keller sind, Gewölbe lauern, Eigentümliches zu Hause ist. Wieso soll jemand Auskunft geben? Warum interessiert sich der dafür, wie's mir geht? Geht den doch Garnichts an.

Im „Muss!“ liegt wahre Aussagekraft und Aussageverweigerung. Hätte auch antworten können:

„Du kommst mir gerade recht!“ oder „Lauf du mir nur auf die Schaufel!“

Hinter dem „Busch“ mit der Aufschrift „Muss!“ wohnen streitbereite Hähne, uninteressierte lakonische Lauschepper und schläfrighochnervöse Messerstecher, die als Eckensteher getarnt alles im Blick haben und allenfalls nach Freibier wahr schauen.

Der aus dem getropften sprachverweigernden Ausdruck durchscheinende Moment von fatalistischem Übermut, die fast an Verdruss grenzende, durch geäußertes Mosern sich ausgrenzende, missliebige, fast den Umgang mit mir, als Fragendem, verweigernde sture Unbekümmertheit verrät ein sehr stabiles, ein dickes Fell, bei eingeknickten Ohren, mit sehr dünnhäutiger Empfindlichkeit, die gleichsam zartestem Aquarell, nur vorgetäuscht ist.

Ignoranz als Fata Morgana? Und die, ruhrgebietsgeübt, als Sprachersatz täglich genutzt wie Parklückensuche und Stinkefinger, geraten als Täuschung und wegduckendes Moment der Identitätstarnung gleichzeitig zum Wiedererkennungsritual.

Oder macht sich jemand, den du nicht kennst, die Mühe, hinter das zu steigen, was du nicht preisgeben bereit bist? Selten! Und wenn, dann meistens mit nicht so lauter Absichten.

Da hilft: „Muss!“ Ist wie ein Schutzschild, die ideale Anonymisierungsaussage, eine, die alles kann, die jede wenn auch entpersönlichte Herzlichkeit nach außen hat und trotzdem so mit niemandem spielt, dass es einen fürchten lässt. Das nicht Gesagte, die im gepressten stimmlichen Druck unterlegte Verweigerung jeder weiteren Aussage hat etwas zutiefst unterkühlt Kämpferisches. Ist freundlich neutral drohend. Ein echtes „Rühr-mich-nicht-an!“. Mit dem Beharrungsvermögen von freundlich grinsenden Bullterriern oder dem Wegschauen von Metzgerhunden wie ganz selbstverständlich ausgestattet.

Es ist nicht so, dass alles in dem so Angesprochenen gefriert. Nein! Davor hat ja die Aussprache desjenigen, der „Muss“ sagt, diesen vertrauerweckenden U-Laut

gebraucht. U vor scharfem S macht runde Ecken in der sich verweigernden Aussage. Meint: „Lass gut sein.“ „Wenn ich dir was sagen hätte wollen, dann hätt' ich es schon von selber getan. Iss gut jetzt, du weißt, es muss!“ Diese Ich-kann-nicht-anders-Nummer, das Lutherische an der knappen Antwort ist ein Missverständnis. Klar kann der anders. Er will bloß eben nicht. Nix Fügung von oben und kein Ausweichen möglich. Und genau hier liegt die kämpferische Note in der ganzen Angelegenheit. Irgendwie ist der bockig und lauert ein wenig auf das, was da noch, was danach kommt. Mutmaßt da nicht jeder, dass mit dem „Muss!“ ein wacher Anfang von dem gemacht ist, was darauf hinaus laufen kann, ja, sogar muss, dass, wenn jetzt die falsche Nachfrage kommt, der fast stummbleibende Antworter zum Tigersprung ansetzt? Nachdem er „Muss!“

*Der Deutsche ist ein guter Mann:
Er hält die Frau in Ehren.
Er zündet Flüchtlingsheime an
und gründet Bürgerwehren.*

gesagt hat, muss auch gut sein! Das gehört zum guten Ton des Sich-Anschweigens oder es kommt irgendwas aus der Wundertüte, die in jeder Begegnung steckt. Ob und wenn ja wie es weitergeht?

Hätte ich doch bloß auf diese höfliche Floskel des Sich-Erkundigens-nach-dem-Wohlbefinden weggelassen. Wieso habe ich nicht einfach gesagt: „Hallo, alles klar?“ Ich wäre davongekommen, möglicherweise mit einem Gesprächsanfang, der sich hätte deuten lassen als der Anfang einer Unterhaltung, weil mein Gegenüber gerade Zeit hat und Lust mit mir zu reden. Hätte auch sein können, dass er oder sie sich ehrlich über das Zusammentreffen gefreut hätte. Aber so?! Mit dem provozierten „Muss!“ ist aus dem Mund meines Gegenübers erst mal 'ne Panzersperre gefallen.

Deren kämpferische Grundbereitschaft, keinem Disput aus dem Wege zu gehen, hat mich, ehrlich gesagt, fasziniert. So viel waches Empören und ganz von unten kommende Wehrhaftigkeit gegen jede Form von Ungerechtigkeit und dämliche Ausbeutung ist aller Ehren wert. Aber wie komme ich hinter dieses Bollwerk? Wie erreiche ich die eigentlichen Linien, hinten denen sich aufrechtes Leben und vitale Auseinandersetzungsbereitschaft für Ideale und vernunftgebeugte Einsichten vermuten lassen? Wie kann ich so glaubwürdig werden, dass sich die Nähe zu diesen Menschen unproblematisch herstellt? Was ist an mir, dass mich sein geäußertes „Muss!“ mich draußen vorbleiben lässt? Wie kann ich zum gelittenen Mitspieler derer werden, die mir misstrauen? Die an mir argwöhnen, dass ich zu denen gehören könnte, die sie missachten, sie betrügen und übertölpeln würden? Liegt das nur an der Sprache? An Herkunft und anderer Ausbildung? Wieso will ich eigentlich hinter das „Muss!“ kommen? Was,

*Ihr liebt den Hass und wollt die Welt dran messen.
Ihr werft dem Tier im Menschen Futter hin,
damit es wächst, das Tier tief in euch drin!
Das Tier im Menschen soll den Menschen fressen.*

wenn sich herausstellt, dass man sich beiderseits weder den Verdächtigungen nach noch den Hoffnungen gemäß genügt? Nicht genügen kann oder will? Gibt es eine Verständigungs-

möglichkeit oder liege ich mit meinen Befürchtungen und Mutmaßungen nicht schon viel zu weit weg von aller selbstverständlichen Machbarkeit? Sind nicht schon solche Gedanken eher abträglich und/oder will ich vielleicht gar nicht, dass sich die Begegnungsrituale ändern?

Was dann aber mit dem „Muss ja!!!“? Dieser meist unerwarteten Verstärkung des vorher Gesagten? Wo liegen hier und wenn ja, wie tief, die innerlich verborgenen Fäuste, die Beharrlichkeit des Verneinens und wie hoch liegt der Schutz von Niederlagen und erlittenen Beleidigungen, abschätzigen Blicken und verächtlichen Gesten? Wühlt sich da noch etwas heraus, was ich vielleicht überhört habe? Sicher, da grummelt was und verrammelt alle Zugangstore, ist höllisch aufmerksam unter der Maske teilnahmsloser Müdigkeit. Ich spüre mehr als ich es hören kann: einen lauenden fröhlichen Tiger, der nur so tut, als habe er seine dritten Zähne verlegt. In Wirklichkeit schnalzt er schon im mir nicht einseharen Rachenraum mit der Zunge. Und wie wenn er es mir bestätigen wollte, wie wenn er meinen Gedanken und gierigen Augen hätte folgen können, kommt nach einer geschickt gewählten Pause das: „Oder?“

Wie ein Peitschenschlag haut dieses knappste aller nachfragenden Zweifelkommandos über den Exerzierplatz unserer frühen Begegnung und schüttelt auch noch den letzten Schlafrest dermaßen derbe aus den Knochen, dass ich mit meinem verdatterten: „Ja, ja!“ wie blöd daherkomme und ich genau spüre, dass ich auf das, was jetzt immer kommen möge, über keine passende Antwort oder überhaupt Reaktion verfügen werde. Wenn jetzt die Einladung aufs erste Bier kommt, werde ich mitgehen. Wenn er meint, wir sollten das Rathaus stürmen, ich würde mich der Rebellion anschließen. Wenn es nun gälte, Sprit für kommende Panzer zu klauen, ich würde Schmiere stehen.

Wenn ich den Nächstbesten anbrüllen sollte, ich glaube, ich würde es tun.

In diesem „Oder?“ lauert eine ganz merkwürdige Mischung aus hämischer Verachtung und von schräg oben schauender Neugierde. Ganz so, als wollte die Frage sagen: „Na, was jetzt? Jetzt bist du platt und dir fällt nichts mehr ein? Siehst du, wie mein Misstrauen sich bewahrheitet? Du bist, weiß Gott, nicht der, für den du dich hältst! Und du bist aber der, der meine abwägende, lauend-vorsichtige Haltung rechtfertigt. Was nun? Willst du mir näher kommen oder suchst du das Weite? Hast du Mut, aufrichtig zu sein, und traust du dich an die/das ungeheure Fremde ganz in deiner Nähe? Bist du auf irgendeiner Seite, oder willst du ewig im gemachten Nest den Deinen die Welt erklären? Wenn du willst, dann lass uns am Tresen die Zeit stehlen und versuchen, heraus zu kriegen, was dran ist am schummrigen Dunkel für die kommende Zukunft.“


Was will mir da noch einfallen, bin ich doch schon reingefallen und wurde aufgerichtet. Drum: Hütet euch vor „Muss!“, „Muss, ja!“ und dem dann vielleicht folgenden, aus spitzen Stahl geschmiedeten „Oder?“

„Schönen Tach auch!“ - oder wie wär's mit: „Es schmeckt mir auch ohne deine dreckige Bemerkung!“, wenn jemand vom Nebentisch aus „Guten Appetit!“ wünscht. ??????????????

„Gell, da guckst du!“

Söyleyene bakma söylenene bak.
Achte nicht auf den Sprecher, achte aufs Gesprochene.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



PROKLA 182
Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Religion, Politik und Ökonomie

Stephan Lenz
Religiöser metapolitainer Mainstream. Zum gegenwärtigen Verhältnis zwischen Stadt, Religion und Neoliberalismus

Ingar Solby
Markt-Religion. Die Genealogie neoliberaler Religiosität in den USA

Sascha Radl
Der Aufstieg von Anwar Allah im Jemen. Zwischen Kapitalismus, Patronage und Marginalisierung

Andreas Wiebel
Ein Elefant auf Abwegen. Indiens fundamentaler Politikwechsel unter Narendra Modi

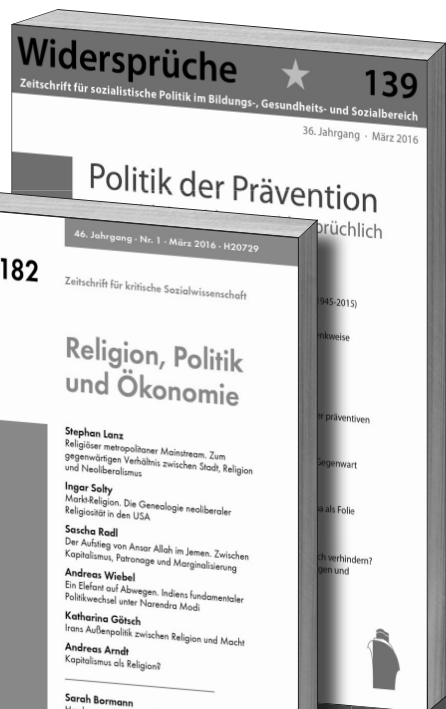
Katharina Götsch
Trans Außenpolitik zwischen Religion und Macht

Andreas Arndt
Kapitalismus als Religion?

Sarah Bormann
Hardware - Hard Work. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle von NGOs an Beispiel von unternehmenszentrierten Kampagnen in der IT-Industrie

Peter Wahl
Was ist wirklich dran an der deutschen Führungsrolle in der EU?

Mario Candeias
Die verbindende Partei im Praxis-Test
Eine Diskussion mit Dario Azzellini



Widersprüche 139
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

36. Jahrgang - März 2016

Politik der Prävention
risikant - widersprüchlich

unvorsichtig - riskant - widersprüchlich


2016 - 138 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-999-1

PROKLA 182
Religion, Politik und Ökonomie
2016 - 161 Seiten - 14,00 €
ISBN: 978-3-89691-380-0

Die Bedeutung von Religion erfährt nicht nur „von oben“ eine Renaissance, sondern auch an der Basis ist eine „Wiederkehr der Religiosität“ zu beobachten, der Hinweis auf den Prozess der Säkularisierung in der Moderne drückt sich deshalb um die Frage, inwieweit es nicht gerade spezifische Erscheinungen kapitalistischer Entwicklung waren, die zu gesellschaftlicher Desintegration und religiöser Hinwendung beitragen.

Widersprüche 139
Politik der Prävention
unvorsichtig - riskant - widersprüchlich
2016 - 138 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-999-1

„Prävention“, Politiken das Unerwünschte und Gefährliche aus der Welt zu schaffen, wird als Ware oder Dienstleistung angeboten: als Mittel gegen Gewalt, sexuellen Missbrauch, Unterrichtsstörungen, Sucht, Hass und Handy-Diebstahl. Erneut angesagt ist Kritik der Prävention: als Tyrannei der Zeit, als Ausweitung der Risikodefinitionen, als Drift ins Autoritäre, Steuerungsphantasien und legitimierte Ausschließung.



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Omar Ayobi

Künstlerische Darstellung von Flucht auf dem Mittelmeer – Animierte Illustration

Ich schuf dramatische Fluchtszenen auf dem Mittelmeer für eine Fernsehdokumentation in 2015. Der dramatische fürchterliche Todeskampf vor dem Ertrinken im Sturm kann „normalerweise“ nicht fotografiert werden, weil Flüchtlinge in den Momenten vor dem Ertrinken ganz andere, elementare Sorgen haben und daher nicht fotografieren. Es scheidet auch eine schauspielerische Nachstellung aus, um solches zu filmen. Als Flüchtlinge mit eigener Fluchterfahrung können wir uns emphatisch in solch einen Todeskampf hineinversetzen. Als Künstler setze ich diese existenzielle Erfahrung um; ich zeichne sog. „Scribbles“ (es sind Skizzen) auf Papier, z.B. mit Tusche, also „analog“ wie Künstler es vor der digitalen Zeit immer taten. Danach scanne ich die analogen Bilder (z.B. „Himmel“ / „Boot“ / „sturmgepeitschte hohe Welle“), um sie anschließend digital am Bildschirm weiter zu bearbeiten.



Am Computer bearbeite ich mit einem Bildbearbeitungsprogramm („Photoshop“) diese zuvor „analog“ gezeichneten/gemalten/mit Schere ausgeschnittenen und danach digital gescannten Scribbles. Dafür folge ich meinem Drehbuch. Und ich verwandele diese digitalen Bilder mit einem Bildbewegungsprogramm („After Effects“) in eine existenziell „echt“ wirkende Bewegung. Es ist meine Handschrift: Die eigene persönliche Erfahrungs-Empathie und meine kreative „analoge“ Scribble-Kunst mit Tusche, Feder und Schere überführe ich mit meiner kreativen „digitalen“ Kunst am Bildschirm in eine sogenannte „Animierte Illustration“.

Wie zum Beispiel in folgender Illustration bei dem einmütigen „Protokoll einer Flucht“ in einer Fernsehsendung im Sommer 2015:

Bild 1 = Überfülltes Boot voller Menschen in der Vogelperspektive (Schleuser stopfen mehrfach so viele Flüchtlinge ins Boot als es „eigentlich“ möglich ist).



Bild 2 = Nun folgen wie im vergrößerten Zoom weitere Bildausschnitte; sie schaffen die für die Flüchtlinge wirkliche erlittene und die für Zuschauer erlebte Dramatik – durch Tiefenschärfe und Kontraste wie auch nuancierte Schattierungen im Schwarz-Weiß-Spektrum.



Bild 3 = Durch einen Blitz fällt Licht auf eine Frau, die ihr Kind an sich presst; inmitten heftiger sturmgepeitschter, sich riesig auftürmender Wasserwellen.



Bild 4 = In Frosch-/bzw. in Fisch-Perspektive: Das Boot droht zu kentern.



Bild 5 = Die Dramatik wird ins Unerträgliche gesteigert: Tiefschwarze Nacht, peitschender Regen auf dem Meer mit haushohen Wellen im Sturm.

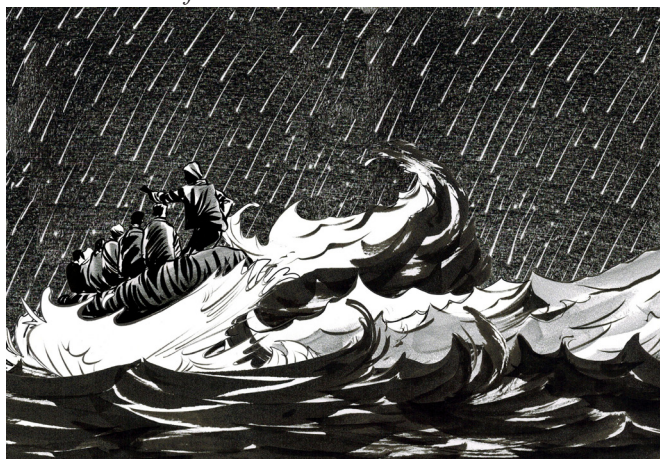


Bild 6 = Das Boot ist dabei zu kentern, Menschen taumeln ins stürmische Meer, aus dem eine ertrinkende Hand sichtbar wird.



Bild 7 = 2 Hände eines Ertrinkenden strecken sich zum Himmel. Äußerste höchste Not.



Auswahl aus dem Werkverzeichnis von Omar Ayobi:

- „Typos Flucht“ und „Die Macht der Bilder“: Einstiegsbeitrag bei der Veranstaltung „Auf der Flucht! Mediale Dramatisierung und die Bilder in unseren Köpfen“, Kooperationsveranstaltung 14. Abrahamsfest Marl und Grimme-Institut Marl am 26. Nov. 2014
- „Mujib – ohne Eltern auf der Flucht“ (aus Afghanistan), ARD, 30.3.2015
- Animierte Illustration in: „Protokoll einer Flucht“, Teil II, Panorama 3 ARD, 16.6.2015
- „Buntesrepublik“ – Animationsfilm bei Münsteraner Wochen gegen Rassismus, 29.3.2015 in Münster/W.
- „Afghanistan – Der Krieg der nicht zu gewinnen war“, 2015

Bild 8 = In diesem Todeschaos taucht plötzlich das helle grelle Licht von einem Boot der Küstenwache auf. Schemenhaft Menschenrücken im Vordergrund, in panischem Entsetzen.



Bild 9 = das rettende Ufer in Form von einer Kette von Lichtern aus Häusern an einer Küste; tiefes Dunkel im Vordergrund, Licht fällt auf Schultern von Menschen, die gerettet sind; ihr überfülltes Boot ist nicht mehr zu sehen.



Ich habe für diese einminütige Illustration mehr als 2 Wochen grafisch gearbeitet – analog und digital. Diese Bildabfolge ist vertrauenswürdig. In der heutigen Fülle von „bunten“ Bildern aus Fotografie und Filmen lässt sich dieser schier unvorstellbar grausame Todeskampf nicht abbilden, weil Ertrinkende eben nicht mehr dazu kommen zu fotografieren oder zu filmen. Innerhalb der Fernsehdokumentation mit ihren farbigen „realen“ Bildsequenzen über ein exemplarisches, persönlich-biografisches Flüchtlingsschicksal verweise ich mit dieser vergleichsweise kurzen Sequenz der in meiner Werkstatt grafisch hergestellten Bilder auf das schier Unvorstellbare im Todeskampf. Das ist fluchttypisch und zugleich einzigartig. So kommt es dazu, dass Vertrauen in etwas Authentisches entsteht, hoffe ich.

Omar Ayobi und seine Frau Zuhra Ayobi kamen in den 1990er Jahren aus Afghanistan als Flüchtlinge über komplizierte Wege nach Deutschland und leben in Münster/Westfalen mit ihren beiden Kindern, die Schüler der Sekundarstufe I sind. Omar hat den Bachelor of Arts an der Fachhochschule Münster im Fachbereich Design, Schwerpunkt Illustration und Fotografie. Er ist freiberuflicher Künstler; die Familie lebt von seiner derzeitigen sozialpädagogischen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Beckum (im „Mütterzentrum Beckum e.V.“) und ehrenamtlich unterrichtet er Deutsch u.a. bei Flüchtlingen aus Afghanistan in Münster. Seine Frau steht kurz vor ihrem medizinischen Schlussexamen. - Omar Ayobi und Zuhra Ayobi im Gespräch über Kunst und Solidarität mit Hartmut Dreier am 7.2.2016 in Münster.

Manfred Weule

Afrika gibt es nicht.

ZWWVF

Nach 40 Jahren journalistischer Tätigkeit, die ihn nach Ghana, Angola, Äthiopien und zum Schluss nach Ruanda führte, fasst der große polnische Journalist Ryszard Kapuscinski in seinem packenden Buch „Afrikanisches Fieber“ 1999 seine Erfahrungen zusammen. In der Summe seiner literarischen Reportagen und Erlebnisse kommt er zu dem Resümee, dass „dieser Kontinent zu groß ist, als dass man ihn beschreiben könnte. Wir sprechen nur der Einfachheit, der Bequemlichkeit halber von Afrika. In Wirklichkeit gibt es dieses Afrika gar nicht, außer als geografischen Begriff.“

Im Dezember 2014 berichtet das Magazin Fokus über eine regionale Epidemie in Westafrika mit Titeln wie „Ebola grassiert in Afrika“. Im Sommer 2015, in einer Musikkneipe irgendwo in Deutschland, wird die Schweizer Soulsängerin Alina Amuri im Programm wie folgt angekündigt: (Sie, geboren im Kongo und aufgewachsen in der Schweiz) ... „verkopelt afrikanische Lebensfreude mit Schweizer Gründlichkeit, so lässt sich Alina Amuris Wesen wohl gut beschreiben“.

Wow! Was der weitgereiste Kapuscinski nicht voreinander kriegt, die Deutschen wissen es: Afrika ist ein Land, das wiederholt – und dieses Mal zu einem tödlich kranken – Gesamtkörper verschmilzt, dessen ca. eine Milliarde zählende Bewohnerschaft zum Glück große Lebensfreude verbindet. Letzteres dokumentiert durch eine Schweizer Musikerin, die aufgrund ihrer Hautfarbe zur Repräsentantin eines Erdteils wird. Zugespitzt: das Naturmerkmal „schwarzer“ Menschen ist, weil irgendwie „afrikanisch“, „Lebensfreude“. Dies mag wohl auch ein Grund gewesen sein, der den bayrischen Innenminister Joachim Hermann dazu bewog, den deutschen

Schauspieler und Sänger Roberto Blanco kürzlich als einen „wunderbaren Neger“ zu bezeichnen. Wahrscheinlich, weil Blanco in seinen öffentlichen Auftritten und besonders in den immer wieder gezeigten Kolonialfilmen der 1940er Jahre, in denen Deutsche „Wüstenfuchse“ ihrem „verlorenen Platz an der Sonne“ nachtrauern, immer so lustig rüberkommt.

Niemand in der Welt käme auf die Idee, nicht mal wir Deutschen selbst, im Falle einer gefährlichen Epidemie in Portugal und Spanien von einer Bedrohung zu sprechen, die von Lissabon bis Moskau reicht. Niemandem käme es in den Sinn, den BewohnerInnen Schwedens, Polens, Spaniens und Ungarns ein einheitliches Wesensmerkmal zuzuschreiben. Die gleiche Hautfarbe hätten sie ja, halbwegs. Was also außer der Hautfarbe ist das Problem?

Ob bewusst oder unbewusst, mehr oder weniger gewollt, mit Sicherheit aber selbst verantwortet, die meisten Deutschen und vielleicht auch die Europäer, aber bleiben wir erstmal autochthon deutsch, stecken in einem Dilemma: Unsere Sprache ist aufs Vielfältigste durchzogen von Rassismen. Sie spiegelt die Unsichtbarkeit einer weißen Normalität wieder, die, trotz gelegentlicher Hervorhebungen der kulturellen und politischen Diversität des afrikanischen Kontinents, dennoch in kolonialen Perspektiven verharrt. In ihnen erscheint der Kontinent zum einen noch immer als Ort der Negation, als „Inkarnation apokalyptischer Krisen, Katastrophen, Misere“, so der Philosoph und Politikwissenschaftler Jacob Emmanuel Mabe, zum anderen als Projektionsfläche naturromantischer Sehnsüchte zivilisationsmüder Europäer. Wer die stereotypen Berichterstattungen deutscher Medien, die Berichte über Krisen, Kriege, Krankheiten und Katastrophen auf dem Kontinent nicht mehr erträgt, der flüchtet in den unsterblichen Serengeti-Park mit all seinen Ablegern, tröstet sich mit der „weißen Massai“ oder besucht eine der zeitgenössischen Völkerschauen, die in Form von Musicals wie „Afrika, Afrika“ für Zerstreuung sorgen.

Ob stereotype Berichterstattung oder die Mythenaktualisierungen im Kontext der Präsentationen Afrikas als „Natur“: Über Afrika grassieren viele Irrtümer. „Die meisten dieser Irrtümer“, so schreibt der afrikanische Historiker Joseph Ki-Zerbo schon 1978, „ergeben sich offensichtlich aus den Vorurteilen ihrer Urheber“.

Manfred Weule ist Kunst- und Medienpädagoge. Er leitet seit 1991 den Bereich der politischen Bildung von „Arbeit und Leben“ Bremen. Seit 2008 arbeitet er ehrenamtlich in der Republik Niger (Westafrika) und engagiert sich dort für die Modernisierung staatlicher Museen sowie im Bereich der Förderung bilingueller Kinder- und Jugendliteratur. 2010 wurde für diese Arbeit der Verein „Mate ni kani e.V.“ in Bremen gegründet, zu dessen weiterer Zielsetzung auch die Dekolonisierung des Alltagsbewusstseins und der Kampf gegen Rassismus in Deutschland gehört.

In der Woche vor Ostern beginnt in der „Akademie Haus Sonneck“ bei Naumburg ein Seminar mit afrikanischen Wissenschaftlern und politischen Akteuren, das Projekt „Afrika gibt es nicht.“ www.matenikani.de

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
 Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Hartmut Dreier / Manfred Walz

Zehn Jahre Engagement und eine Entdeckungsreise

Seit 2005 hat der Initiativkreis Scharoun-Schule in Marl darum geworben und auch gekämpft, diese Schule des bedeutenden deutschen Architekten zu erhalten.

Am 19. August 2015 wurde sie, denkmalgerecht instandgesetzt und energetisch zeitgerecht verbessert, den Schülern, ihren Lehrern und nicht zuletzt auch der Stadt übergeben.

Großen Anteil daran hatten lokal Unterstützende, ehemalige Schüler, Lehrer, Kirchenleute, Architekten und Planer aus der Region und sogar internationale Wissenschaftler. Sie hatten in den letzten Jahren mit dem Initiativkreis zwei große Kongresse veranstaltet und damit die lokale und die regionale Öffentlichkeit auf diesen Schatz aufmerksam gemacht. Grund genug, jetzt zu feiern!

Nach der Übergabe der erneuerten Gebäude, Terrassen und Anlagen an die neu eingezogene Grundschule und Musikschule regte der Initiativkreis eine nachdenkliche Feier in ungewöhnlicher Form für zwei Tage im Oktober an. Unterstützt von der Lünener Scharoungesellschaft, der Bochumer Christengemeinschaft und dem Deutschen Werkbund NW wurden die beiden Schulen und eine Kirche, die Hans Scharoun, in Marl, in Lünen und in Bochum geplant hatte, in einer Rundreise besucht. Während des Reisetags haben sich 60 Interessierte die drei Bauwerke drinnen und draußen angeschaut, ihre lebendige Nutzung erfahren und sich über die Zukunft der Bauwerke ausgetauscht. Sie erfuhren, kundig begleitet, wie diese im Alltag, in Licht, in Farbe und Betrieb die „Bewohner“ behausen.

*Kimi yer, kimi bakar, kıyamet ondan kopar.
Aufstand entsteht, wenn einige essen, andere nur zuschauen.*

Das war Anschauung und Stoff genug, um während der Reise sich auszutauschen und am nächsten Tag das Erfahrene mit den Projektbegleitern, den Fachleuten und Wissenschaftlern, geleitet von einem Moderator, zu reflektieren. Vorträge und Präsentationen füllten mit intensiv formulierten Nachfragen den halben Tag so an, dass Fortführung gefragt ist. Dies, so wurde verabredet, soll als weiterführender Kontakt und Austausch der in der Region am Werk von Scharoun Interessierten geschehen. Einerseits durch eine Veröffentlichung der Beiträge, die die angestoßenen Fragen und Erfahrungen behandeln wird und andererseits durch den Austausch der Interessierten in den „organisatorischen Kernen“ und Scharoungesellschaften, die sich für die Bauwerke Scharouns in der Region engagieren. Einige AMOS-Menschen waren in Initiativkreis und Reisesymposium stark engagiert.

Norbert Pfänder

Fahrrad(un)freundliche Stadt

Ein beschämendes Alleinstellungsmerkmal besitzt seit ein paar Monaten die Stadt Marl. Als einziger Kommune in NRW ist ihr der Titel „Fahrradfreundliche Stadt“ entzogen worden. Marl ist seit 1993 Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise NRW e.V. (AGFS). Diese Arbeitsgemeinschaft verfolgt das Ziel, die Städte durch optimale Bedingungen für Nahmobilität, Nahversorgung und Naherholung attraktiver zu machen. Vor allem soll mehr Sicherheit für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Kinder, Ältere und mobilitäts-eingeschränkte Personen geschaffen werden. Seit 2007 vertritt die AGFS das Konzept der Nahmobilität, das alle Formen nichtmotorisierter Mobilität umfasst und die „Stadt als Lebens- und Bewegungsraum“ definiert. Der Radverkehrsanteil soll auf 25% und der nichtmotorisierte Individualverkehr im Sinne der Nahmobilität auf über 60% gesteigert werden.

Als im November 2014 eine Kommission der AGFS Marl per Fahrrad bereiste, wurde sie von Bürgermeister Arndt und der zuständigen Dezernentin an der Radstation begrüßt. Der oberste Bürger Marls kam allerdings mit seinem Dienstwagen angerauscht und hinterließ nicht den Eindruck, als sei er besonders mit dem Thema verankert, da er kurze Zeit später wieder mit dem Auto davonfuhr. Da in den letzten Jahren viel zu wenig von Seiten der Stadtverwaltung für die Förderung des nichtmotorisierten Individualverkehrs, insbesondere für Fahrradfahrer, getan wurde, kam die Kommission einstimmig zu der Auffassung, der Stadt Marl den Titel abzuerkennen. Im Begründungsschreiben vom 25.11.2014, das lange Zeit der Bürgermeister unter Verschluss hielt, heißt es:

„Es ist nicht erkennbar, dass die Stadtverwaltung als Team die Sache angeht ... Man erkennt nicht, dass die städtischen Bediensteten auf ihrem jeweiligen Posten nahmobilitätsorientiert mitdenken ... Die Öffentlichkeitsarbeit für die Nahmobilität scheint wohl eher eingeschlafen zu sein ... Der Spirit (die Kreativität) fehlt. Die Verwaltungsspitze ist nicht mitgeradelt ... Fazit: Marl präsentiert momentan nicht den Mindeststandard für Neuaufnahmen und Verlängerung eines Antrages. Es liegt nicht in erster Linie am fehlenden Geld. Die in der Vergangenheit erkennbare Kreativität (Ampelgriff, Tempo 30 Aktionen, Damenfahrrad, Drahteselaktion um nur einige zu nennen) ist augenscheinlich abhanden gekommen ...“

Offenbar herrscht in der Verwaltung noch das Denken der 60-er Jahre des vorigen Jahrhunderts, dass die Stadt autogerecht gebaut werden sollte.

Das positive Gegenbeispiel liefert die Stadt Bocholt, die gerade beim ADFC-Fahrradklima-Test zum vierten Mal auf Platz 1 bei den Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern gelandet ist. Unter anderem konnte der Radverkehrsanteil auf 33% gesteigert werden.

Die Hoffnung in Marl auf Änderung und Wiedererlangung des Titels fahrradfreundliche Stadt liegt jetzt bei Institutionen der Zivilgesellschaft, die es nicht akzeptieren wollen, dass ihre Stadtverwaltung dieses Thema verschläft.

Rolf Euler / Manfred Walz

Menschenorte 29

Recklinghausen, Herner Straße 47a, zweiter Hinterhof

Das ist ein Ort, der so vielleicht nicht mehr da ist, wenn diese Zeitschrift erscheint. Es ist ein Begegnungsort, entstanden mit dem Bedarf der wachsenden Zahl an Flüchtlingen in Recklinghausen, sicher gibt es ihn auch in vielen anderen Städten des Reviers: die Kleiderkammer. Hier hat der Sozialdienst katholischer Frauen SkF, der sich seit 15 Jahren um Flüchtlinge in Recklinghausen kümmert, seine nun dritte Kleiderkammer eingerichtet.



Zwei ehemalige Werkstattshallen, früher für vieles andere genutzt, Spiegelwand einer vergangenen Tanzschule an einem Ende, eine alte Werkzeugmaschine hinter dem „privaten“ Sitzock der ehrenamtlich freiwillig Tätigen, hell beleuchtet und in gelben Farben ge-

strichen – gefüllt mit unzähligen Bananenkartons auf langen Tischreihen und in Regalen, voller Kleidung und Hausrat – das ist der „Menschenort“ für rund 50 Frauen und etwa 5 Männer, vom SkF organisiert, und die vielen Flüchtlinge, junge Männer, junge Familien, einige Frauen aus Syrien, vom Balkan, einige aus Afrika oder anderen arabischen Ländern.

Im Eingangsbereich steht Iris Wessels, sie leitet „sonst mal eben“ eine Sanitärfirma, an einem Tisch mit Zetteln, Plänen, dahinter leere Kartons mit Namen für die gerade ankommenden Flüchtlinge – sie hat, nachdem der SkF die leere Halle für einige Monate anmieten konnte, diesen Ort im Wesentlichen organisiert, leitet an, berät, wuselt zwischen den Tischen mit Kleidung, hilft und schickt. Sie spricht mit den anderen Freiwilligen Pläne durch, zeigt Fotos, versprüht Tatkraft und Freundlichkeit, aber auch energische Organisation. Sie kennt viele der Flüchtlinge schon mit Namen aus ihrer Unterkunft, sie schreibt Laufzettel und Termine fürs nächste Mal, denn alle drei Wochen dürfen die Menschen wieder kommen.

Seit Februar 2015 gab es die Kleiderkammer zuerst in einer Sammelunterkunft an der Vinckestraße, erst in einem Zimmer der Unterkunft, dann Umzug auf den Dachboden, dann im November 2015 musste erneut aus Platzgründen umgezogen werden in die Herner Straße, so viel wurde gespendet. Wir hören von den Frauen: „Dann gehen wir mit!“

Montags und donnerstags am Nachmittag ist Ausgabe an Flüchtlinge, da helfen jeweils mehr als 10 Ehrenamtliche

mit, dass die Flüchtlinge die passende Kleidung und Schuhe, Spielzeug oder Babystrampler aussuchen. Freitags und dienstags nachmittags kommen Spender mit meist großen blauen Säcken voller Jacken, Hosen, T-Shirts und, und, und – die werden dann von anderen freiwilligen Helferinnen ausgepackt, sie sind zum Teil aus familiären oder freundschaftlichen Beziehungen zusammengekommen, oder weil einige in katholischen Organisationen wie den Landfrauen waren: „Wir machen das hier, weil es nötig ist!“

Alles wird nach Geschlecht und Größen getrennt und auf Tische und in weitere Kartons verpackt. An der Rückwand der Halle hängen an einer Laufschiene und auf ausgemusterten Kleiderständern Wintermäntel, Jacken, Anzüge, Kostüme. In einem Nebenraum stapeln Monika Meusel und andere Frauen Geschirr und Haushaltsgegenstände, Pfannen und Kaffeemaschinen, die je nach Bedarf ausgegeben werden.

Unnutzige Mitbürger schreiben zornige Leserbriefe über Flüchtlinge, zündeln mit Worten – diese Frauen und Männer in der Fabrikhalle tun einfach das was nötig ist und tragen so dazu bei, dass nach Flucht und Mittelmeergefahren bei Flüchtlingen ein Eindruck entsteht, sicher zu sein und ihre Not vorerst ein Ende hat – bei allen weiteren Problemen,

die sich auch stellen. Sie sind die freundlichen Gesichter, denen Flüchtlinge nach einer langen Odyssee hier begegnen.



Mohammed I. und Ehssan D. stehen ebenfalls zwischen Schuhen, Hosen und Jacken und helfen mit ihren deutsch-englisch-arabischen Sprachkenntnissen anderen Flüchtlingen und den

Helferinnen, sich zu verstehen. Sie sagen: hier haben sie das Gefühl angekommen zu sein, sind dankbar und freuen sich, dort helfen zu können – sie würden gern mit eigenen Händen Geld verdienen, um nicht mehr auf Hilfe angewiesen zu sein.

Inzwischen betreuen die Frauen vom SkF in der Kleiderkammer nicht nur die rund 450 Flüchtlinge in Sammelunterkünften, sondern nochmal rund 400, die schon in Wohnungen verteilt leben, dazu eine große Unterkunft, die von der Diakonie betreut wird, und für deren Flüchtlinge die Kleiderkammer ebenfalls Bedarfe deckt.

Diese Frauen sowie die Freiwilligen bei der Flüchtlingshilfe der anderen Hilfsorganisationen haben jüngst den Recklinghäuser Agenda-Preis für ihre Arbeit bekommen. Der Öffentlichkeit konnten sie bei der Verleihung einen kleinen Eindruck geben, was hier an Leistung erbracht wird. Ein Menschenort wenigstens „auf Zeit“ – mit guter Wirkung.



Rolf Euler, seit Zeiten für AMOS, früher Bergmann (Text)

Manfred Walz, Stadtplaner aus Berlin, ins Ruhrgebiet eingewandert, lernt in der AMOS-Reihe „Menschenorte“ immer wieder „bemerkenswerte Ruhrgebietende“ kennen, Titelnbildner im AMOS. (Text + Fotos)

Asa Winstanley – 11.02.2016

Israels „Krieg“ gegen BDS wird immer verzweifelter

Die Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Bewegung hat zum Ziel, Israel für seine Verbrechen gegen das palästinensische Volk zur Rechenschaft zu ziehen. Zunächst ignoriert, später dann verhöhnt, wurde die BDS-Bewegung nun zu einer der ‚primären strategischen Bedrohungen‘ für Israel, weiter, wie üblich, mit der Besatzung zu verfahren. Im Jahre 2005 formell gegründet, hat die Bewegung zum Ziel, Menschen, die ein Gewissen haben, weltweit zu ermutigen, Produkte aus Israel zu boykottieren, Investitionen aus israelischen Unternehmen zurückzuziehen und Druck auf die Regierungen auszuüben, Sanktionen gegen Israel zu verhängen.

In den letzten 11 Jahren hat die Bewegung trotz massiver und kapitalkräftiger Gegenreaktionen von Israels einflussreichen Unterstützern im Westen einige beeindruckende Ergebnisse erzielt. Die Beispiele hierfür sind zu zahlreich, um ins Detail zu gehen, aber der letzte große Sieg war die Aktion der Vereinigten-Methodisten-Kirche in den USA, ihren Pensionsfonds in Höhe von 20 Milliarden Dollar von jedem Anteil an fünf israelischen Banken zu desinvestieren, aufgrund deren Involvierung in illegale israelische Siedlungen, die auf konfisziertem palästinensischen Land in der Westbank erbaut wurden.

Im Mai bezeichnete der israelische Präsident den akademischen Boykott als „eine strategische Bedrohung ersten Ranges.“ Im Juni sagte Yitzhak Herzog, der Vorsitzende der vermeintlich linken israelischen Arbeiterpartei (und der Oppositionsführer in der Knesset), dass „der Boykott Israels eine neue Art des Terrorismus ist“, der „mit allen Mitteln und aller Macht, die den Ländern der Welt zur Verfügung stehen, bekämpft werden muss.“

Eine Kampfansage. In der israelischen Propaganda hat BDS nun den Iran als größte „existentielle Drohung“ für den Staat ersetzt.

So, wie es scheint, vergeht kaum eine Woche ohne eine neue Initiative oder Abteilung der israelischen Regierung einzuführen, um BDS zu bekämpfen.

Im August enthüllte Israels Militärgeschichtsdienst (Aman), dass es nun ein „Delegitimierungs-Department“ betreibt, das „routinemäßig Informationen über ausländische linke Organisationen sammelt“, die BDS fördern. Millionen von Dollar und Schekel wurden eingesetzt – bis heute ohne sichtbaren Erfolg.

Die Jerusalem Post berichtete über den Start einer neuen derartigen Initiative. Mit dem Titel „Ausschuss zur Bekämpfung der Delegitimierung“ soll das neue Projekt dazu dienen, die israelischen Maßnahmen gegen BDS zu koordinieren. So viele verschiedene Abteilungen innerhalb verschiedener Ministerien wurden in den letzten Jahren eingeführt, deren Anstrengungen fragmentiert wurden. Deshalb soll diese parteiübergreifende Knesset-Gruppierung dazu dienen, die Situation für die Anti-BDS-Ultras zu verbessern.

Gilad Erdan, der während seiner Ernennung letztes Jahr als „Minister für BDS“ (alleine das zeugt schon von der Macht von BDS) angepriesen wurde, leitete die Konferenz. Indem er die israelische Terminologie für palästinensische Solidarität benutzte, sagte er der Konferenz, dass „die Delegitimierung

eine Kampfansage mit strategischem Potential“ ist. Er sagte auch, sein Ministerium habe 100 Millionen israelische Schekel zugeteilt bekommen (mehr als 17 Millionen Pfund), um BDS und andere Arten der „Delegitimierung“ zu bekämpfen.

Noch bezeichnender berichtete die (Jerusalem) Post, dass der Minister für BDS zugäbe, dass „die Regierung die Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionenbewegung nicht alleine bekämpfen kann; sie brauche ein Netzwerk aus Unterstützern.

Das riecht nach Verzweiflung.

Israel scheint in Panik zu sein. Das müssten sie eigentlich auch. Es gibt kaum etwas, das sie gegen BDS auf lange Sicht tun könnten, außer es zu verzögern. Wie der Mitbegründer der BDS-Bewegung, Omar Barghouti, sagt, hat Israel keine richtige Antwort auf BDS.

Persönlichkeiten in der israelischen Regierung waren eine Zeit lang von dem Gedanken besessen, ihre Kampagne gegen BDS, eine gänzlich gewaltfreie Zivilgesellschaftsbewegung, in gewalttätigen und militärischen Begriffen zu beschreiben. Die Gewohnheit, Kriege zu führen, ist nicht leicht abzuschütteln, so scheint es.

Der ehemalige Mossad-Direktor, Shabtai Shavit, kritisierte im Jahr 2014 die Regierung, weil sie nicht hart genug gegen BDS kämpfte: „In dieser Zeit der asymmetrischen Kriegsführung setzen wir nicht unsere gesamte Macht ein, und das wirkt sich schädlich auf unsere Abschreckungsmacht aus.“ Und Herzog, der Führer der Arbeiterpartei, den ich zuvor zitiert habe, schien auch die Gewalt gegen die BDS-Aktivisten zu befürworten.

Als der ehemalige israelische Botschafter in den USA, Michael Oren, heute ein israelischer Parlamentarier, auf der Konferenz sprach, verhakte er sich auch in den Militärjargon, indem er sagte, dass Israels Kampf gegen BDS „ein Krieg wie jeder andere ist, und im Krieg müssen wir die Samthandschuhe ausziehen und neue Kampffelder auf Kampussen weltweit erringen ... kein Panzer wird sich bewegen und kein Flugzeug wird abheben, wenn wir nicht das Recht haben, uns zu verteidigen.“

All das ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass Israel und seine Verfechter immer noch keine Ahnung haben, wie sie BDS effektiv bekämpfen können.

Zurück zum Februar 2014. Ich bot ihnen kostenlose Beratung an: „Sie können nicht die BDS-Bedrohung abschaffen, indem Sie Geld auf das Problem werfen.“

Ich bin glücklich zu sehen, dass sie mich komplett ignoriert haben und immer noch ihr Geld zum Fenster hinauswerfen.

Asa Winstanley ist ein investigativer Journalist, er lebt in London und ist ein Mitherausgeber von Electronic Intifada. Übersetzung von Inga Gelsdorf. Engl. Quelle / Erstveröffentlichung: <https://www.middleeastmonitor.com/articles/inquiry/23389-israels-gwarq-against-bds-is-increasingly-desperate> - Deutsche Quelle: www.der-semit.de, Unabhängige jüdische Online Zeitschrift

Infos zur BDS-Kampagne „Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionen-Bewegung“, beteiligte Gruppen und Organisationen, illegale Produkte von besetztem Land, Boykottformen: siehe www.palaestina-portal.eu

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

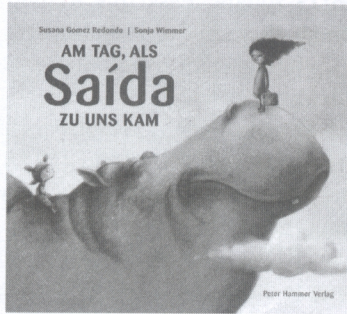
AMOS c/o Ute Hüttmann

Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

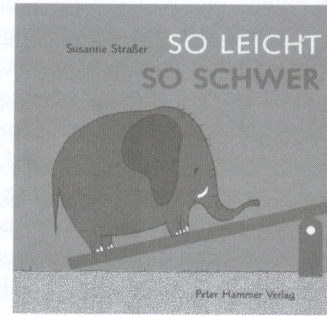
— K 12123 —



ISBN 978-3-7795-0540-2
€ 15,90 (D), 16,40 (A)



ISBN 978-3-7795-0539-6
€ 15,90 (D), 16,40 (A)



ISBN 978-3-7795-0538-9
€ 14,90 (D), 15,40 (A)



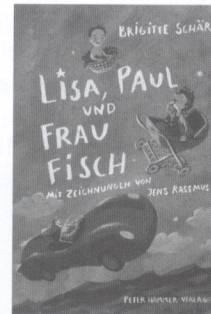
ISBN 978-3-7795-0542-6
€ 12,90 (D), 13,30 (A)

50

Jahre



PETER
HAMMER
VERLAG



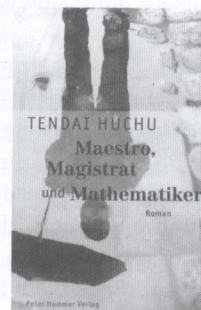
ISBN 978-3-7795-0541-9
€ 13,90 (D), 14,30 (A)



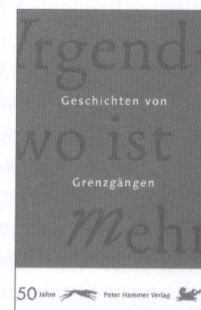
ISBN 978-3-7795-0543-3
€ 19,90 (D/A)



ISBN 978-3-7795-0522-8
€ 14,90 (D), 15,40 (A)



ISBN 978-3-7795-0535-8
€ 29,90 (D), 30,80 (A)



ISBN 978-3-7795-0536-5
€ 20,- (D), 20,60 (A)

www.peter-hammer-verlag.de